

Stenographisches Protokoll.

56. Sitzung der Konstituierenden Nationalversammlung der Republik Österreich.

Freitag, den 23. Jänner 1920.

Tagesordnung: 1. Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Vorlage der Staatsregierung (622 der Beilagen), betreffend Kreditoperationen (640 der Beilagen). — 2. Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Vorlage der Staatsregierung (611 der Beilagen), betreffend die Einführung eines Monopols für Mineralwässer und Mineralwasserprodukte (639 der Beilagen). — 3. Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft über den Antrag des Abgeordneten Dr. Gürtler und Genossen (454 der Beilagen), betreffend die Wiederherstellung unseres heimischen Viehstandes (594 der Beilagen).

Inhalt.

Vorlage der Staatsregierung.

Zuweisung der Vorlage 641 der Beilagen an den Finanz- und Budgetausschuß (Seite 1549).

Verhandlungen.

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Vorlage der Staatsregierung (622 der Beilagen), betreffend Kreditoperationen (640 der Beilagen) — Redner: Berichterstatter Schiegl [Seite 1585 und 1592], die Abgeordneten Stricker [Seite 1586], Dr. Waber [Seite 1588] — Annahme des Gesetzes in zweiter und dritter Lesung [Seite 1594].

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Vorlage der Staatsregierung (611 der Beilagen), be-

treffend die Einführung eines Monopols für Mineralwässer und Mineralwasserprodukte (639 der Beilagen) — Redner: Berichterstatter Schiegl [Seite 1595] — Annahme des Gesetzes in zweiter und dritter Lesung [Seite 1595].

Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft über den Antrag des Abgeordneten Dr. Gürtler und Genossen (454 der Beilagen), betreffend die Wiederherstellung unseres heimischen Viehstandes (594 der Beilagen) — Redner: Berichterstatter Haueis [Seite 1596 und 1606], die Abgeordneten Niedrist [Seite 1597], Wimmer [Seite 1600], Abram [Seite 1601], Kocher [Seite 1603], Gutmann [Seite 1605] — Annahme des Antrages des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft [Seite 1606].

Ausschüsse.

Mitteilung des Präsidenten, betreffend die Niederlegung der Ausschußmandate seitens der Abgeordneten: Traxler als Mitglied des Ausschusses für Heerwesen, Dr. Simpl als Ersatzmann im Ausschusse für Heerwesen, Rittinger als Mitglied des Ausschusses zur Vorberatung der Kammergesetze, Stocker als Ersatzmann im Finanz- und Budgetausschusse

und Smittka als Ersatzmann im Finanz- und Budgetausschusse (Seite 1609 und 1610).

Ersatzwahlen der Abgeordneten Dr. Simpl als Mitglied und Traxler als Ersatzmann im Ausschusse für Heerwesen, des Abgeordneten Dr. Schönbauer als Mitglied des Ausschusses zur Vorberatung der Kammergesetze und der Abgeordneten Größbauer und Abram als Ersatzmänner im Finanz- und Budgetausschusse (Seite 1610).

Verzeichnis

der in der Sitzung eingebrachten Anträge und Anfragen:

Anträge

1. des Abgeordneten Dr. Hahn und Genossen, betreffend Einreihung der Stadt Rienz in Tirol in die II. Ortsklasse (652 der Beilagen);
2. der Abgeordneten Kocher, Scharfegger und Genossen, betreffend Abänderung des Wiederbesiedlungsgesetzes (653 der Beilagen);
3. des Abgeordneten Dr. Schürff und Genossen, betreffend die Einreihung der Städte Liefing und Mödling in die I. Klasse der Aktivitätszulagen der Staatsbeamten (654 der Beilagen);
4. des Abgeordneten Dr. Schürff und Genossen, betreffend die Einreihung von Furkersdorf in die I. Klasse der Aktivitätszulagen der Staatsbeamten (655 der Beilagen).

2. des Abgeordneten Dr. Schürff und Genossen an den Staatssekretär für Finanzen, betreffend die Schiebereien in Edelmetallen (Anhang I, 256/I);
3. des Abgeordneten Haukeis und Genossen an den Staatssekretär für Verkehrswesen, betreffend die Fahrpreiseremäßigungen auf den Staatseisenbahnen (Anhang I, 257/I);
4. des Abgeordneten Schöcktnier und Genossen an den Staatssekretär für Inneres, betreffend die Entlassung ungarischer Kommunistenführer aus der Internierung in Karlstein an der Thaya (Anhang I, 258/I);
5. der Abgeordneten Schönsteiner, Partik, Steinegger und Genossen an den Staatssekretär für Inneres und Unterricht, betreffend die Vorgänge in Karlstein (Anhang I, 259/I).

Anfragen

1. des Abgeordneten Kunischak und Genossen an den Staatskanzler als Leiter des Staatsamtes für Äußeres, betreffend ein Defensivbündnis zwischen der österreichischen und der tschecho-slowakischen Regierung (Anhang I, 255/I);

Beantwortung der in der 55. Sitzung vom 21. Jänner 1920 seitens der Abgeordneten Dr. Waber, Dr. Schürff und Genossen (Anhang I, 252/I) und in der 56. Sitzung vom 23. Jänner 1920 seitens des Abgeordneten Kunischak und Genossen (Anhang I, 255/I) an den Staatskanzler gerichteten Anfragen, betreffend die angeblichen Verhandlungen in Prag zum Abschlusse eines politischen Bündnisses mit der tschecho-slowakischen Republik durch den Staatskanzler Dr. Renner (Seite 1606).

Zur Verteilung gelangen am 23. Jänner 1920:

die Regierungsvorlagen 641, 642 und 643 der Beilagen;

die Anfragebeantwortung 96.

der Bericht des Ausschusses für soziale Verwaltung 644 der Beilagen;

der Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft 650 der Beilagen.

Beginn der Sitzung: 3 Uhr 30 Minuten nachmittags.

Vorsitzende: Präsident **Seitz**, zweiter Präsident **Hausner**, dritter Präsident Dr. **Dinghofer**.

Schriftführer: **Probst**, **Schönsteiner**.

Staatskanzler: Dr. **Renner**.

Vizekanzler: **Fink**.

Staatssekretäre: **Eldersch** für Inneres und Unterricht, Dr. **Kamek** für Justiz, Dr. **Deutsch** für Heerwesen, Dr. **Reisch** für Finanzen, **Stöckler** für Land- und Forstwirtschaft, Ingenieur **Berdik** für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten, **Paul** für Verkehrswesen, **Hannusch** für soziale Verwaltung, Dr. **Ellenbogen**.

Unterstaatssekretäre: **Glöckel** und **Wilkas** im Staatsamte für Inneres und Unterricht, Dr. **Gisler** im Staatsamte für Justiz, Dr. **Walz** im Staatsamte für Heerwesen, Dr. **Reisch** im Staatsamte für soziale Verwaltung.

Präsident: Ich erkläre die Sitzung für eröffnet.

Das Protokoll über die Sitzung vom 21. Jänner ist unbeanstandet geblieben und gilt daher als genehmigt.

Wir treten sofort in die Tagesordnung ein. Erster Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Vorlage der Staatsregierung (622 der Beilagen), betreffend Kreditoperationen (640 der Beilagen). Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete **Schiegl**; ich bitte ihn, die Verhandlungen einzuleiten.

Berichterstatter **Schiegl**: Hohes Haus! Mit dem Gesetze vom 4. Juli 1919, St. G. Bl. Nr. 344, wurde der Regierung eine Kreditermächtigung eingeräumt. Dieser Kredit war im November 1919 bereits erschöpft. Die Regierung hat sich infolgedessen veranlaßt gesehen, am 21. November 1919 neuerdings eine Kreditermächtigung anzusprechen, die ihr auch gewährt wurde. Die Regierung hat sich der Hoffnung hingegeben, daß in der Zwischenzeit das Finanzgesetz für das Jahr 1919/20 der Erledigung werde zugeführt werden. Nun sind aber infolge der

Ereignisse die Anforderungen an die Staatskassen immer größere geworden und es ist ein Zustand eingetreten, der nahezu einer Erschöpfung der Staatskassen gleichkommt. Der Finanz- und Budgetausschuß hat zwar das Finanzgesetz für das Jahr 1919/20 bereits in Beratung gezogen und die Verhandlungen sind ja ziemlich weit fortgeschritten, aber es ist trotzdem nicht abzusehen, ob es möglich sein wird, das Finanzgesetz im Laufe zu einer Zeit zu verabschieden, daß die darin angesprochene Kreditermächtigung noch rechtzeitig in Kraft treten kann. Die Regierung tritt darum neuerdings an das Haus um eine Kreditermächtigung heran, und zwar um eine Ermächtigung im Betrage von 2750 Millionen Kronen.

Die hier angesprochene Ermächtigung gleicht inhaltlich der vom November 1919. Sie enthält nur zwei Änderungen: Im November wurden nur 2500 Millionen Kronen angesprochen, jetzt sind es, wie erwähnt, 2750 Millionen Kronen. Die zweite Änderung besteht darin, daß jetzt im § 1, Absatz 2, eine Ermächtigung zu Kreditoperationen enthalten ist, die auch die Ausgabe einer unverzinslichen Prämienanleihe umschließt. Die Regierung ist der Ansicht, daß die Zeiten sich vielleicht bald ändern werden und daß infolgedessen eine andere Form der Kreditbeschaffung in die Wege geleitet werden kann. Dazu ist aber gemäß § 1 des Gesetzes vom 28. März 1889, R. G. Bl. Nr. 32, eine besondere gesetzliche Bewilligung notwendig. Und auch diese Bewilligung spricht nun die Regierung hier an.

Der Herr Staatssekretär für Finanzen hat im Finanz- und Budgetausschuß Gelegenheit genommen, die gegenwärtige finanzielle Lage ausführlich zu schildern, und er hat der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß denn doch bald eine Entlastung der Staatskassen durch Herabminderung der Ausgaben eintreten werde. Er hat es insbesondere bedauert, daß sowohl die Presse als die Börse nicht die nötige Ruhe bewahren, wodurch die finanzielle Situation natürlich noch verschlimmert wird.

Dieser übertriebene Pessimismus im Inlande schade am meisten unserem Kredit. Die Hoffnung auf eine Besserung der Verhältnisse, der der Herr Staatssekretär für Finanzen im Finanz- und Budgetausschuße Ausdruck gegeben hat, hat sich bald als nicht unbegründet herausgestellt, indem der Herr Staatssekretär in der letzten Sitzung Gelegenheit hatte, darauf hinzuweisen, daß nunmehr die Verhältnisse in Amerika, die ja sehr widerstreitend sind, dazu geführt haben, daß sich die Regierung der

Union veranlaßt gesehen hat, dem Kongreß eine Gesetzesvorlage zu unterbreiten, durch die Deutschösterreich ein Kredit von 70 Millionen Dollar eingeräumt werden soll. Es ist allerdings eine Entscheidung noch nicht getroffen und wir wissen ja, daß es vielleicht längere Zeit in Anspruch nehmen wird, bis diese Vorlage im Kongreß verabschiedet sein wird. Immerhin sehen wir, daß man im Auslande denn doch trachtet, uns in unserer Not beizustehen. Es wäre daher sehr zu begrüßen, wenn auch hier im hohen Hause, wo die Interessen des ganzen deutschösterreichischen Volkes vertreten werden, die Gelegenheit ergriffen würde, in allen jenen Fragen, die das gemeinsame Interesse des deutschösterreichischen Volkes betreffen, einen anderen Standpunkt einzunehmen, als er gewöhnlich im Streite der Parteien eingenommen wird. Ich würde es lebhaft begrüßen, wenn der gleiche Vorgang auch hier im Hause eingehalten würde, der bereits im Finanz- und Budgetausschusse befolgt wurde, indem auch von seiten der Opposition die Erklärung abgegeben wurde, daß man in eine weitere Erörterung der politischen Situation nicht eingehen werde, nachdem ja bei der Beratung des Finanzgesetzes für 1919/20 Gelegenheit sein werde, die nötige politische Auseinandersetzung herbeizuführen. Es würde wohl, so fasse ich die Sache auf, dem Interesse des deutschösterreichischen Volkes dienen, wenn man bei diesen allgemein wichtigen Fragen einheitlich vorgehen würde.

Ich erlaube mir nun im Namen des Finanz- und Budgetausschusses den Antrag zu unterbreiten, die Nationalversammlung wolle dem Gesetzentwurf die Genehmigung erteilen.

Präsident: Ich werde die General- und Spezialdebatte unter Einem vornehmen, weil das Gesetz nur einen sachlichen Paragraphen hat.

Der Herr Abgeordnete Josef Weiß hat zum § 1, Absatz 2, folgenden Zusatzantrag gestellt (liest):

„§ 1, Absatz 2, ist zu ergänzen durch die Aufnahme der Worte: „deren Gewinne ohne jeden Abzug von Steuern und Gebühren auszuführen und in die Bemessungsgrundlage der Einkommensteuer nicht einbeziehen sind.“

Dieser Antrag ist nicht entsprechend unterzeichnet. Ich ersuche jene Herren, welche den Antrag unterstützen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. (Geschlecht.) Der Antrag ist genügend unterstützt und steht daher in Verhandlung.

Zum Worte gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Stricker. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Stricker: Hohes Haus! Die Regierung stellt das Ansuchen, ihr die Vornahme von Kreditoperationen zu gestatten. Ich halte es bei dieser Gelegenheit für unbedingt notwendig, die Regierung darauf aufmerksam zu machen, daß sie nicht nur Kredite in Anspruch zu nehmen hat, sondern daß es auch ihre Pflicht ist, darüber zu wachen, daß der Kredit des Staates seitens gewisser Kreise in Österreich nicht systematisch sabotiert werde. Ich habe bereits bei einer anderen Gelegenheit hier in diesem Hause davon gesprochen, daß durch gewisse Pressestimmen, die absolut nicht harmlos, absolut nicht das Produkt naiver Unkenntnis, sondern wohl überlegt sind, draußen im Auslande der Kredit Österreichs untergraben wird. Das hat sich in den letzten Tagen, das hat sich gestern wieder in ganz krasser Weise gezeigt.

Der Herr Staatssekretär für Finanzen hat in der letzten Sitzung dem Hause und Österreich die Mitteilung gemacht, daß die Vereinigten Staaten daran sind, Österreich einen Kredit von 70 Millionen Dollar zu bewilligen, eine Nachricht, die gewiß danach angetan war, die Stimmung, die Arbeits- und Hoffnungsfreudigkeit in Österreich zu heben. Was hat sich aber ereignet? Man brauchte nur die Presse, die Wiener Großpresse, vom nächsten Tage durchzulesen, um Schwarz auf Weiß die Rechnung zu finden, daß eine solche Anleihe Österreich nicht nur nutzlos ist, sondern die Zeitungen haben zum Schlusse noch herausgebracht, daß es eigentlich das größte Unglück bedeutet, welches Österreich widerfahren kann, wenn Amerika ihm 70 Millionen Dollar oder 21 Milliarden Kronen leiht.

Man muß sich nun fragen: Was ist die Ursache dieser Haltung? Ist es Stolz der österreichischen, der Wiener Presse, welcher sie hindert, dem hilfreichen Auslande zu danken? Widerstrebt der Dank ihrem Mannesstolz? Nun, wenn man Mannesstolz finden will — bei dem Großteil der Wiener Presse ihn zu suchen, ist ganz verfehlt. Und es ist auch nicht Mannesstolz die Ursache, nicht Stolz vor dem Sieger, sondern die Ursache liegt in dem Bestreben, die schmutzigsten Manöver auf dem Finanzmarkte zu unterstützen. (Sehr richtig!) Waren denn die Herren sonst so stolz vor dem Auslande?

Wir konnten es ja in den letzten Wochen erleben, daß die Wiener Presse voll des ergebensten Dankes war, wenn irgendein Staat auf der Welt auch nur ein paar Schachteln Schokolade nach Wien geschickt hat. Da konnte sich die Presse einfach vor überströmender Dankbarkeit nicht aus. Wenn ein norwegischer Frauenverein eine Resolution gefaßt hat, daß man 26 Duzend gestrickte Wollwesten für frierende Kinder nach Wien schicken soll, wurden Zeitartikel darüber geschrieben.

Und auf einmal sind 70 Millionen Dollar gar nichts? Gewiß, 70 Millionen Dollar wirken unter Umständen schädlich, und zwar schaden sie allen denjenigen, die aus dem wirtschaftlichen Ruin Österreichs ihren Nutzen ziehen. *(Zustimmung.)* Ich bitte nur zu beachten, was sich in den letzten Monaten abgespielt hat. Die traurige Lage des Staates, der traurige Stand der Krone wirkten entsetzlich, aber die Medaille hatte auch eine sehr schöne Rehrseite. Wenn die Krone sinkt, bringt man am Markt jeden Schund für teures Geld an. Schund sowohl in Aktien als auch in Waren. Daher bedeutet für alle diejenigen, die Aktien aufgestapelt haben, respektive mit Aktien manipulieren können, und für diejenigen, die Schundware aufgestapelt und mit ihr schieben können, der niedrige Stand der Krone ein glänzendes Geschäft, weil er sie ungeheure Preise erzielen läßt. Nun war dieser Markt durch die Nachricht vom amerikanischen Kredit arg bedroht. Jeder Mensch mit gesunden fünf Sinnen mußte annehmen, nunmehr wird sich das wirtschaftliche Ansehen Österreichs im Auslande bessern, das österreichische Geld, wenn es auch nicht empor-schnellen wird, wird doch einen gewissen stabilen Stand erreichen, es wird in unserer Wirtschaft ein gewisses Gleichgewicht eintreten. Dieses Gleichgewicht will man aber nicht. *(Sehr richtig!)* Das heißt, ja man will es schon, aber erst muß man selber den Nutzen daraus ziehen. Wenn der Herr Staatssekretär für Finanzen am Mittwoch statt in dieses Haus zu kommen, hergegangen wäre und in seiner Wohnung den Wiener Bankdirektoren und den Vertretern eines Teiles der Großpresse vertraulich mitgeteilt hätte, daß wir von Amerika diesen Kredit bekommen, dann hätten die Herren folgendes gemacht: Sie hätten einfach für die nächsten Tage ihre Dispositionen getroffen, hätten ihre Papiere noch auf den Markt geworfen und wenn alle Papiere draußen gewesen wären, dann hätten diese selben Zeitungen, die heute am 70 Millionenkredit herummäkeln und herumkritisieren, Fanfaren angestimmt. Warum? Weil sich dann diese Fanfaren rentiert hätten. Man hätte nämlich die Papiere, welche man vorgestern für 10.000 K. angebracht hat, in drei Tagen um 3000 K. zurückbekommen. *(Sehr richtig!)*

Nun ist es schließlich keiner Bank und keinem Bankmann nach dem jetzigen Stand der Moral zu verdenken, wenn er sein Geschäft machen will. Wie darf sich aber eine Presse zu diesem niederträchtigen Manöver hergeben? *(So ist es!)* So handelt eine Hure, öffentliche Dirne, aber so was verdient nicht die Bezeichnung: öffentliche Meinung! Wie in diesen Artikeln nur argumentiert wird, um herauszukonstruieren, daß solche 70 Millionen Dollar eigentlich gar nichts sind! Erstens wird erklärt, daß 70 Millionen Dollar nach den Ausführungen des Herrn Staatssekretärs

für Volksernährung gerade das Geld sind, welches wir brauchen, um für sieben Monate Lebensmittel anzukaufen. Dann ist das Geld weg, ist aufgefressen und die Schuld bleibt. Davon, daß diese Lebensmittel der Bevölkerung ja nicht geschenkt werden, sondern daß für diese Lebensmittel die Regierung Kronen in die Kassen hineinbekommt, daß dadurch einerseits der Kronenmarkt entlastet wird und daß andererseits die Regierung Verfügung über Noten hat, davon sprechen diese feinen Herren nicht. Wenn wir schon diese Ziffern nach dem jetzigen Budget messen sollen — was ich übrigens für ganz verfehlt halte —, warum sagt man nicht: Im Budget sind 3,5 Milliarden präliminiert für das Draufzahlen auf Lebensmittel. Dieser Kredit bedeutet die siebenfache Summe, sie würde es uns ermöglichen, über sieben Jahre auf die Nahrungsmittel draufzuzahlen. Warum verschweigt man, daß das Budget ein Defizit von sieben Milliarden aufweist, daß daher dieser Kredit ein dreifaches Jahresdefizit darstellt? Das alles wird dem Publikum verschwiegen, allerdings nicht in der Absicht, ihm es ewig zu verschweigen, sondern in der Absicht, ihm es erst dann kundzugeben, wenn es den Drahtziehern passend erscheint.

Die Wirkung auf das Inland brauche ich Ihnen weiter nicht zu schildern. Ist es nicht hoch an der Zeit, daß diese Bevölkerung endlich einmal etwas Erfreuliches zu hören bekommt; daß endlich durch eine freundige Nachricht diese heruntergekommene, arme Bevölkerung zu neuer Arbeitslust erweckt werde? Nein, das darf nicht sein. Sie muß noch elender werden, damit man noch mehr Profit herauszichenden kann.

Ich bitte Sie aber auch, die Wirkung nach außenhin zu beachten.

Ich rede hier nicht theoretisch vom grünen Tisch. Zusage meiner Parteistellung bin ich genötigt, ständigen Kontakt mit den Kreisen des Auslandes und insbesondere mit amerikanischen Kreisen zu erhalten. Es bedeutete eine Riesenüberwindung, wenn die Amerikaner dahin gebracht wurden, diese Darlehensgewährung überhaupt zu diskutieren. Die Strömung in Amerika geht dahin, sich absolut und in keiner Form in europäische und besonders in mitteleuropäische Angelegenheiten einzumischen, ohne unbedingt dazu verpflichtet zu sein. Es war tatsächlich die Wirkung des Notschreies Österreichs, durch die sich der amerikanische Kongreß dazu hat bewegen lassen, diese Sache in Verhandlung zu ziehen. Wenn die Amerikaner nun aber unsere Zeitungen lesen werden, dann glaube ich, werden sie sich absolut nicht ermutigt fühlen, auf diesem Wege weiter fortzuschreiten. Immer wird uns zugerufen: Ihr müßt euch selber helfen, dann werden wir euch helfen! Nun geht man her und hilft uns, und die Antwort ist ein Geräumze, ein Herunter-

drücken, ein Beschmutzen und Besudeln der österreichischen Krone. Da müssen sich die Leute draußen wohl sagen: Wozu unser gutes Geld in diesen schlechten Topf werfen? Schließlich sind die Amerikaner auch Menschen, und wenn sie jemandem etwas geben, brauchen sie sich dafür nicht ins Gesicht spucken zu lassen. Ich würde es absolut verstehen, wenn draußen diese Haltung der Wiener Presse die größte Entrüstung auslösen würde.

Außer den wirtschaftlichen Gründen sind es aber auch politische, welche diese Presse zu einer solchen Haltung bewegen. Wir dürfen nicht vergessen, daß die heutige Regierung und dieses Haus nicht im Einverständnis mit der Wiener Presse gewählt worden ist, sondern gegen den Willen dieser Presse (*Sehr richtig!*) und diese Presse hat sich doch immer bemüht, dem Auslande nachzuweisen, daß mit Österreich früher nichts anzufangen ist, bevor nicht wieder die Deutschliberalen oder die Deutschdemokraten oder die Freiheitlichsozialen die Regierung in die Hand bekommen; solange das nicht der Fall ist, kann in diesem Österreich absolut keine Ordnung geschaffen werden. Das Ausland wird gewarnt, mit einem nicht bürgerlich-demokratischen Österreich überhaupt etwas anzufangen. Und nun das Resultat: Man gibt ihm trotzdem Kredit! Das bedeutet eine Blamage dieser Presse. Das kann sie sich nicht gefallen lassen! Deshalb wird die Hilfe, welche dieser Regierung und diesem Hause zuteil wird, herabgesetzt. Ich bin weder ein Anhänger des einen Teiles der Koalition, noch ein Anhänger des anderen, ich kann mir eine bessere Regierung, als sie hier sitzt, lebhaft vorstellen. Ich begreife es auch, wenn man gegen eine Regierung kämpft und rücksichtslos kämpft, aber dann auf Kosten dieser Regierung, nicht auf Kosten des Volkes und des Staates. Dieser Kampf der Presse geht aber auf Kosten des österreichischen Volkes. Deswegen muß man ihn verurteilen, gleichgültig, ob man hinter dieser Regierung steht oder nicht. Es ist sehr bequem, das Volk die Kosten dieses Kampfes bezahlen zu lassen. Diese Regierung hat nun einmal den Kredit bekommen, wir haben die Verpflichtung, das anzuerkennen und dem Volke begreiflich zu machen, daß dadurch tatsächlich Aussicht auf eine bessere Zeit eröffnet ist. Es sind ja außerdem noch andere politische Spekulanten da, welche den Erfolg nicht gerne sehen, der äußerste rechte Flügel und der äußerste linke politische Flügel.

Beide haben ihre Rechnung auf den Umsturz gestellt, sowohl die ganz Reaktionären, als auch die bolschewistisch Angehauchten. Beiden paßt der Kredit nicht in ihre Rechnung. Aber schließlich und endlich sind das politische Widerstände; sie sind mit den Widerständen, wie ich sie anfangs geschildert habe, nicht zu vergleichen.

Was soll man nun tun? Meine Rede wird höchstwahrscheinlich spurlos verschwinden, sie wird verschwiegen werden, wird wie ein Tropfen im Wüstensande versickern. Das ist also nicht der Weg. Die Regierung und dieses Haus müssen etwas tun, um die Öffentlichkeit aufzuklären. Gegen die Presse vorgehen? Nein! Ich bin absolut kein Anhänger der Ratschläge, die zum Beispiel hier bei der ersten Lesung des Pressegesetzes Kollege Austerlitz erteilt hat und die darauf hinausgelaufen sind, dieser Presse den Zaum ins Maul zu legen, die Sporen in die Seiten zu drücken und ihr das Rückgrat zu brechen, wenn sie nicht pariert. So stark ist niemand, auch nicht Kollege Austerlitz. Sie müssen werden Sie da gar nichts anrichten. Sie müssen einfach der verfälschten öffentlichen Meinung die Wahrheit entgegensetzen, die Wahrheit in die Öffentlichkeit tragen. Die Regierung und dieses Haus haben die Verpflichtung, der Bevölkerung klarzumachen, was dieser Kredit und was andererseits alle diese Manöver gegen diesen Kredit bedeuten. Tun Sie es in Versammlungen, tun Sie es in offiziellen Rundgebungen, tun Sie es in Maueranschlägen, aber Sie dürfen nicht schweigen. Die Wahrheit wird allein wohl durchdringen, aber ehe sie durch dieses Gestrüpp gelangt, werden Wochen und Monate vergehen und das bedeutet Wochen und Monate unsäglich schweren Elends unseres Volkes. Deshalb richte ich an die Regierung und an das Haus den Appell, endlich mannhaft aufzutreten.

Hohes Haus, ich kann keinen Antrag stellen, ich gehöre keiner der großen regierenden Parteien an und Sie haben nun einmal das parlamentarische Leben in das Parteischema hineingezwängt. Deshalb würde mein Antrag wirkungslos bleiben. Aber auch als Einzelner fühle ich mich verpflichtet, von Ihnen und besonders von der Regierung zu verlangen, daß Sie unerbittlich gegen eine derartige Sabotierung unseres Kredits im Auslande aufzutreten. (*Lebhafter Beifall.*)

Präsident: Zum Worte ist gemeldet der Herr Abgeordnete Dr. Waber; ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Dr. Waber: Hohes Haus! Der Herr Berichterstatter hat darauf hingewiesen, daß von unserer Seite schon im Budgetausschusse bemerkt worden ist, daß diese Vorlage nicht den Anlaß zu einer besonderen politischen Debatte bieten soll, da zu einer politischen Aussprache bei der Beratung über das Budget sowohl hier als auch im Budgetausschuß genügend Gelegenheit geboten ist. Ich will mich insolgedessen streng sachlich auf die Finanzfragen beschränken, die uns hier beschäftigen, und muß vor allem andern auf eine Äußerung des Herrn Staatssekretärs für Finanzen

gegen den Abgeordneten Dr. Wutte in der letzten Sitzung zurückkommen. Nach den Berichten bedauerte er es, daß Abgeordneter Dr. Wutte es für angemessen gefunden hat, hier im offenen Hause zu erklären, er sei der Anschauung, daß auch die Notierung von 1'8 für eine österreichische Krone viel zu hoch sei und den Tatsachen nicht entspreche, und er meinte weiter, er bewundere den Mut und den Mangel an vaterländischem Verantwortlichkeitsgefühl, mit dem er es über sich bringe, eine solche Äußerung hier zu tun.

Wir müssen diese Stellungnahme des Herrn Staatssekretärs um so energischer zurückweisen, als sich der Abgeordnete Dr. Wutte durchaus nicht in diesem Sinne ausgesprochen hat, denn nach dem stenographischen Protokoll hat Dr. Wutte lediglich darauf hingewiesen, daß die Notierungen der Krone in Zürich im Laufe der Zeit bedeutend gesunken sind, und er sagte weiter, daß er glaube, daß dieser Kurs gar nicht der richtige sei, sondern daß der richtige sich weit unter dieser Grenze bewegt. Das ist natürlich etwas wesentlich anderes als das, was der Herr Staatssekretär dem Herrn Dr. Wutte imputiert hat. Herr Dr. Wutte hat damit erklärt, daß, wenn man Kronen in Zürich verkauft, allerdings nicht einmal dieser offizielle Kurs erreichbar ist, insbesondere wenn man Kronen in einem größeren Maße auf den Markt wirft; im umgekehrten Falle, wenn man im kleinen wieder Kronen haben will, bekommt man Kronen zu diesem Kurse nicht und muß ein höherer Kurs bezahlt werden.

Ich muß es sehr bedauern, daß hier der Herr Staatssekretär diesen Angriff erhoben hat, der natürlich dem Auslande auffallen und den Eindruck erwecken muß, daß die Kursbewertung als zu hoch bezeichnet wird, weil die Äußerungen des Herrn Staatssekretärs in dieser Beziehung gewiß noch wichtiger sind als die Äußerungen eines einfachen Abgeordneten.

Im besonderen muß ich sogar dem Herrn Staatssekretär den Vorwurf machen, daß gerade seine Reden zur Untergrabung des Kredits wesentlich beigetragen und seine Voraussetzungen sich vielfach nicht bewahrheitet haben.

Der entschiedenste Fehler, den der Herr Staatssekretär begangen und der unserem Kredits wesentlichen geschadet hat, war wohl seine Programmrede gelegentlich seiner Betrauung als Staatssekretär, die er im christlichsozialen und sozialdemokratischen Klub gehalten und in der er ausdrücklich erklärt hat, daß die Kriegsanleihe nicht, wie dies bei der Kriegsteuer der Fall ist, zum Subscriptionspreise, sondern zum Kurse von 75 Prozent, zum Belehnungskurse, bei der Vermögensabgabe in Zahlung genommen werden soll. Es ist bekannt, daß gerade durch diese Äußerung das Vertrauen zum Staats-

kredit außerordentlich gelitten hat, und wir bedauern, daß der Herr Staatssekretär gerade in dieser Frage an seiner ursprünglichen Auffassung festgehalten und sie in dem Entwurfe über die Vermögensabgabe als Vorschlag gebracht hat. Wir hätten gewünscht, daß, wenn schon die Kriegsgewinnsteuer zum vollen Begebungskurse in Kriegsanleihe entrichtet werden kann, dies um so mehr bei der Vermögensabgabe möglich sei, und wir sehen nicht ein, warum eine differenzierte Behandlung der Kriegsanleihe bei der Kriegsgewinnsteuer und bei der Vermögensabgabe erfolgen soll. Wir haben es gewiß zu begrüßen, daß für die Kriegsgewinnsteuer schon ein Betrag von 1'2 Milliarden nach den Mitteilungen des Herrn Staatssekretärs in Kriegsanleihe entrichtet worden ist, daß sich dieser Betrag in den staatlichen Tresors befindet, und es wäre für die Aufrechterhaltung des Kredits sicher zweckmäßiger gewesen, wenn für die Kriegsanleihe bei der Vermögensabgabe der Begebungskurs genau so wie bei der Kriegsgewinnsteuer festgehalten worden wäre.

Eine andere Frage ist selbstverständlich die Bewertung der Kriegsanleihe bei der Vermögensabgabe. Nach der Richtung hin hätte aber der Herr Staatssekretär gerade nicht das Prävenire mit 75 Prozent spielen müssen, sondern hätte es den Kriegsanleihebesitzern überlassen können, selbst zu verlangen, zu welchem Steuerkurs die Kriegsanleihe angenommen wird, denn da handelt es sich um ein Interesse der Kriegsanleihebesitzer.

Wir bedauern die den Staatskredit schädigende Konsequenz des Herrn Staatssekretärs um so mehr, als wir leider feststellen müssen, daß der Herr Staatssekretär in anderen Fragen sich nicht als guter Prophet erwiesen hat und nicht in der Lage war, sein aufgestelltes Programm durchzuführen. In derselben Antrittsrede hat er darauf hingewiesen, daß es die dringendste Aufgabe der Staatsverwaltung sei, die Herstellung der Valuta und die Stabilisierung des Geldwertes zu betreiben. Er hat seiner Hoffnung Ausdruck gegeben, daß eine Basis von 20, im besten Falle von 25 Prozent des jetzigen Nominales der Krone als höchstes Ausmaß der zu erwartenden Besserung der Valuta anzusehen ist. Leider Gottes ist der Kurs, der damals bei Übernahme des Staatsamtes der Finanzen durch den Herrn Staatssekretär bestanden hat, noch erheblich herabgesunken. Auch in anderer Beziehung hat der Herr Staatssekretär seine Versprechungen nicht erfüllt. In seiner Antrittsrede vom 23. Oktober im Hause hat er gesagt: „Wir müssen nunmehr mit aller Energie einer weiteren Verschlechterung unseres Geldwesens entgegenarbeiten, wir müssen mit allen Kräften danach streben, dem fortwährenden Niedergleiten unseres Geldes einen Damm zu setzen.“ „Ich jedenfalls“, erklärte der Herr Schatzkanzler, „werde es als meine oberste Pflicht betrachten,

einer Vermehrung und Vergrößerung der Inflation in jeder Weise entgegenzutreten.“

Dieses Versprechen, das der Herr Staatssekretär uns gegeben hat, hat er leider nicht erfüllt und wir müssen feststellen, daß er in seiner Rede vom 7. Jänner selbst zugegeben hat, daß durch die zum allergrößten Teil während seiner Wirksamkeit durchgeführten staatlichen Kreditoperationen, durch die Begebung von Schatzscheinen usw. sich eine Vermehrung des Notenumlaufes und der in Banknoten berechneten Guthaben bei der Oesterreichisch-ungarischen Bank um ungefähr 4 Milliarden ergeben hat. Wir sehen, daß er in dieser Frage leider keine feste Hand und nicht jene Konsequenz in der Durchführung seiner Aktionen gezeigt hat, die hinsichtlich der Kriegsanleihe von ihm festgehalten worden ist.

Er hat, meine Verehrten, in weiteren Reden darauf hingewiesen, daß er auf eine verständisvolle Mitwirkung der Banken rechne, daß die Banken sich verpflichten, die Schatzscheine selbst zu behalten und nicht wieder bei der Oesterreichisch-ungarischen Bank zu begeben. Leider hat er auch in dieser Richtung nicht das entsprechende Entgegenkommen bei den Banken erzielen können und wir wissen, daß die Banken sich bemüht haben, selbst Geschäfte zu machen und die Schatzscheine nach Möglichkeit sofort wieder weiterzugeben. Der Herr Staatssekretär hat selbst in der Rede vom 7. Jänner erklärt, daß die Hoffnungen, die er hinsichtlich der Banken gehabt hat, sich allerdings nur in bescheidenem Maß erfüllt haben, denn von der ungeheuren Summe von 45 Milliarden Schatzscheinen, welche seit Oktober begeben werden mußten, ist ein großer Teil wieder zur Oesterreichisch-ungarischen Bank gewandert und nur ein Betrag von 500 Millionen Kronen ist dauernd vom Publikum und von den Banken aufgenommen worden. Alles in allem, meine sehr Verehrten, sehen wir hier nicht gerade eine glückliche Hand der Finanzverwaltung und wir müssen es außerordentlich bedauern, daß auf diesem Gebiete keine Erfolge erzielt worden sind.

Eine Äußerung, die auch in der Öffentlichkeit sehr ungünstig gewirkt und den Staatskredit geschädigt hat, war die, daß er als Schatzkanzler hier die Äußerung getan hat, daß die Sparbarkeit in der Verwendung der Mitteln nicht durchgeführt werden kann, welche im allgemeinen wünschenswert ist. Ein Schatzkanzler, meine Verehrten, hat die Aufgabe, immer und überall auf Sparbarkeit zu dringen, und wenn ein Schatzkanzler selbst von seinem Platz aus erklärt, daß die Sparbarkeit nicht für ihn das leitende Moment sein kann, muß man selbstverständlich hinsichtlich der Gebahrung mit den Geldmitteln im Auslande die größten Bedenken hegen.

Eine weitere Äußerung, die wohl seither vom Schatzkanzler korrigiert worden ist, war die Bemerkung hinsichtlich der Ausgleichung der Preise an

das Ausland und ich glaube, daß diese Bemerkung viel verhängnisvoller war als die Bemerkung des Abgeordneten Dr. Butte, die vom Schatzkanzler mißverstanden wurde und ist es wohl notwendig, festzustellen, daß ein Irrtum seitens des Herrn Schatzkanzlers in dieser Richtung unterlaufen ist.

Wie wenig konsequent die Regierung und der Herr Schatzkanzler ist, haben wir auch daraus ersehen, daß wir in einer der letzten Reden zum Budget vom Schatzkanzler die Äußerung gehört haben, daß er mit einer Kreditvorlage aus kreditpolitischen Gründen zurückhalten und die Verabschiedung des Budgets abwarten wird — und acht Tage darauf, meine Verehrten, hatten wir bereits diese Kreditvorlage auf dem Tische dieses hohen Hauses und haben sie in so dringlicher Weise zu erledigen. Wir sehen also hier nicht jene Konsequenz, die wir von dem leitenden Minister des Staates verlangen müssen.

Im übrigen müssen wir feststellen, daß die Schuldenwirtschaft in verhängnisvoller Weise fortgesetzt wird. Zum Teil treffen diese Vorwürfe den Schatzkanzler nicht allein, sie fallen auf die Regierung zurück, die während dieses ganzen Jahres einen Finanzplan, betreffend die Herstellung des Gleichgewichtes, nicht unterbreitet hat und die auch die Vorlage hinsichtlich der Vermögensabgabe so lange verzögert hat. Wir wissen noch heute nicht, wie sich die Regierung die Herstellung des Gleichgewichtes vorstellt.

Im Zusammenhang mit dieser Vorlage muß ich darauf hinweisen, daß wir da ein besonderes Bedenken vorbringen müssen, daß nämlich gegenwärtig eine effektive Kontrolle über die Gebahrung mit den Staatsschulden nicht besteht. (Sehr richtig!) In Altösterreich hatten wir die Staatsschuldenkontrollkommission. Nun hat es aber dieses hohe Haus für gut befunden, die Staatsschuldenkontrollkommission nicht mehr zu erneuern, es findet, daß die Staatsschuldenkontrolle gelegentlich der Beratung über das Budget erfolgen kann. Es scheint uns aber, daß das eine ganz unzulängliche Kontrolle ist, und wir müssen um so mehr darauf hinweisen, als daß früher fortlaufende Übersichten über die Gebahrung mit der Staatsschuld und dem Staatsschuldendienst dem hohen Hause vorgelegt worden sind. Wir glauben, daß es gerade jetzt an der Zeit ist, von der Regierung dringend eine Vorlage, betreffend die Staatsschuldenkontrolle, zu verlangen, um so dringender, als die Regierung selbst die Empfindung hat, daß eine Kontrolle über die Gebahrung notwendig ist. Wir sehen nämlich im § 1 des Entwurfes über die Vermögensabgabe den Vorschlag der Regierung, eine besondere Kommission zur Kontrolle der Verwendung der Vermögensabgabe einzusetzen. Wenn eine Kontrolle über die Verwendung der Vermögensabgabe als notwendig

erachtet wird, wenn dadurch die Prärogative des Parlaments nicht tangiert wird, dann wird gewiß auch die Stellung dieses Hauses nicht tangiert, wenn eine Staatsschulden-Kontrollkommission geschaffen und dieser Kommission auch die Kontrolle über die Verwendung der Vermögensabgabe zugewiesen wird. Es erschien uns das als eine viel einheitlichere Kontrolle — und sie ist im Interesse des Staatskreditcs wirklich notwendig — als wie sie uns gegenwärtig zu Gebote steht.

Wir sind gewiß nach jeder Richtung hin bemüht, das Ansehen des Staates zu heben, wir sind bemüht, den Kredit des Staates zu heben, wir haben nach dieser Richtung hin auch im Budgetausschuß gelegentlich der Frage — die vom Herrn Staatssekretär hier angeschnitten worden ist — über die Bewertung unserer Krone im Auslande, ausdrücklich darauf hingewiesen, daß eine wesentliche Unterbewertung der Krone im Auslande erfolgt, ein Nachweis, ein Betonen dieser Tatsache ist wohl selbst gegenüber dem Auslande nicht notwendig. Das ganze Ausland weiß ja, daß es hier in Österreich mit ausländischer Valuta außerordentlich billig einkaufen kann. Wir wissen sogar, daß das feindliche Ausland nach dieser Richtung hin selbst die Tätigkeit der eigenen Funktionäre hier in Österreich etwas kritisch beobachtet und es für notwendig befunden hat, dem Schieberwesen hier in Österreich etwas entgegenzuwirken. Der Ausverkauf Österreichs infolge der Entwertung unserer Krone ist eine viel zu bekannte Tatsache, als daß wir darüber viel sprechen müßten. Wir glauben, daß selbstverständlich die Regierung hier mit aller Macht einsetzen muß, um diesem Ausverkauf Österreichs entsprechend entgegenzuwirken.

Wir wollen die Regierung nach dieser Richtung hin natürlich unterstützen. Da muß sie nun in jeder Richtung trachten, die entsprechende Ordnung herzustellen. Ganz falsch aber schiene es zu sein, wenn wir nicht auf die tatsächlich traurigen Verhältnisse in Österreich hinweisen, wenn wir nicht mit allem Ernst darauf hinweisen würden, daß die gegenwärtige Politik des Auslandes geradezu eine fortgesetzte Blockade ist und daß diese Politik insbesondere auch von der Tschecho-Slowakei betrieben wird. Jede Entschuldigung in dieser Frage auch vom Standpunkte der Regierung aus ist vollkommen falsch. (*Sehr richtig!*) Man muß dem Ausland gegenüber die Wahrheit bekennen, wir Wiener müssen es mit besonderem Dank aufnehmen, daß das Ausland jetzt unsere Kinder in großer Zahl aufnimmt, um sie vor dem Elend, vor dem Hunger, zu bewahren. Wir müssen aber auch sagen, daß dadurch den elenden traurigen Verhältnissen in Wien noch immer nicht entsprechend Rechnung getragen ist. Heute befindet sich die ganze Welt in einem Kampfe gegen

Wien und in diesem Kampfe stehen, ich möchte sagen natürlicherweise, selbst unsere Länder, die Teile des Reiches sind und die sich doch von Wien abschließen. Wir sehen, daß zum Beispiel in Oberösterreich schon ein eigenes Geld ausgegeben wird und daß dieses Geld, das aus dem Königreiche des Herrn Prälaten Hauser herrührt, in der Schweiz sogar um 20 Prozent höher bewertet wird als das österreichische Geld. (*Hört! Hört! und Heiterkeit.*) Das Ausland ist sich sehr wohl bewußt, daß unsere Länder auf einer viel sicheren und gesünderen Grundlage stehen als unser ganzes Reich (*Sehr richtig!*) und das ist auch bei der Entwicklung der Verhältnisse in den einzelnen Ländern nur allzu einleuchtend.

Das traurigste und kritische Moment sind die großstädtischen Verhältnisse in Wien. Wien war das politische und das wirtschaftliche Zentrum Österreichs und in gewisser Beziehung auch Österreich-Ungarns. Daß Wien dieses politische und wirtschaftliche Zentrum nicht mehr ist, daß ihm diese Grundlage der Entwicklung und des Bestandes entzogen worden ist, mußte natürlich auch auf die Ernährungsverhältnisse Wiens außerordentlich übel einwirken. Da ist insbesondere darauf hinzuweisen, daß Wien den Bevölkerungsüberschuß aller Provinzen in sich aufgenommen hat. Die letzte Volkszählung hat festgestellt, daß von der zwei Millionen betragenden Gesamtbevölkerung Wiens 255.869 in Böhmen geboren sind, 211.289 in Mähren, 32.114 in Schlesien, zusammen 499.272 Einwohner Wiens, also eine halbe Million in den Sudetenländern. Daß diese halbe Million Menschen aus den Sudetenländern sich in Wien aufhält, ist doch auf die Entfaltung Wiens als Zentrum der gewesenen Monarchie zurückzuführen. Die Sudetenländer haben ihren Bevölkerungsüberschuß an Wien abgegeben und Wien soll jetzt, nachdem die Sudetenländer sich selbständig gemacht haben und in der tschechoslowakischen Republik vereinigt sind, diese Menschen weiter erhalten und ernähren. Das können natürlich auch die Alpenländer nicht. Dazu kommen noch 42.695 Menschen aus Galizien und 4420 aus der Bukowina. Die ganze Entwicklung Wiens war eben darauf basiert, daß es das Zentrum der ganzen österreichischen Monarchie war. Wenn aber jetzt Wien als Handelszentrum von den Sudetenländern förmlich abgeschnitten ist, wenn es auch in wirtschaftlicher Hinsicht, in bezug auf die Versorgung mit Kohle von den Sudetenländern abgeschnitten ist, dann kann es sich natürlich nicht selbst erhalten, denn dann ist seine Produktion vollständig lahmgelegt, es kann infolgedessen nicht existieren. Das ist eine Folge des Friedensvertrages, der auch die deutschen Sudetengebiete von Österreich abgetrennt hat. Auf diese Tatsache muß mit aller Entschiedenheit hingewiesen werden.

So lange wir unter solchen Bedingungen leben, müssen wir nur befürchten, daß wir aus Schulden in Schulden stürzen, daß wir mit unseren Lebensmitteln niemals auskommen, sie auch nicht bezahlen können. Darum ist es vor allem notwendig, daß die Tschecho-Slowakei und das Ausland überhaupt eine ganz andere Stellung hinsichtlich der Versorgung Wiens mit Rohprodukten einnimmt als bisher. Es ist uns in dieser Richtung nur dadurch zu helfen, daß uns das Ausland auch in der Versorgung mit Rohstoffen entgegenkommt. Wie die Verhältnisse liegen, kann Österreich für sich allein nicht bestehen. Es muß entweder der Anschluß Deutschösterreichs nach der einen oder nach der anderen Seite erfolgen.

Wir kennen unsere prekäre Situation und sind infolgedessen auch immer unentwegt für den Anschluß an das Deutsche Reich eingetreten. Denn ein Anschluß nach einer andern Richtung hin ist gar nicht möglich. Niemals würden, selbst wenn wir wollten, es sich die Tschechen gefallen lassen, daß ein Reich geschaffen werde, in welchem die Deutschen die Mehrheit haben, und es würde dies auch den Wünschen der Entente hinsichtlich der ganzen Entwicklung der Verhältnisse durchaus nicht entsprechen. In dieser Richtung klar auszusprechen, wie die Verhältnisse sind und nicht vielleicht aus Entgegenkommen zu erklären, daß wir mit gutem Willen existieren wollen und können, scheint mir eine Notwendigkeit für unsere politische Entwicklung zu sein.

Natürlich ist es notwendig, daß wir vor allem eine Annäherung unserer Wirtschaftskreise an die Wirtschaftskreise des Auslandes suchen. Das ist leider bisher von der Regierung wenig berücksichtigt worden. Die Gründe unserer Defizitwirtschaft liegen also viel tiefer und wir müssen trachten, durch den Anschluß an das Deutsche Reich eine Gesundung der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse anzubahnen. (Beifall.)

Präsident **Hausler** (welcher während vorstehender Rede den Vorsitz übernommen hat): Es ist niemand mehr zum Worte gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Ich erteile dem Herrn Berichterstatter das Schlußwort.

Berichterstatter **Schlegl**: Hohes Haus! Der Herr Abgeordnete Dr. Waber hat sich veranlaßt gesehen, auf die Rede des Herrn Staatssekretärs für Finanzen zurückzukommen und hat sich auch mit den Züricher Verhältnissen beschäftigt. Ich will ausdrücklich darauf aufmerksam machen, daß die Notierungen in Zürich nicht auf Grund einer faktischen Börsentätigkeit, sondern auf Grund von Berichten entstehen, die aus Deutschöster-

reich nach Zürich gelangen. Wenn nun solche Reden gehalten werden, wie es meistens von den Herrn Oppositionellen der Fall ist, so ist es ja begreiflich, daß diese Reden abfärben und die Kursnotierungen ungünstig beeinflussen. Wir wissen aber auch andrerseits, daß, wenn man in Zürich österreichische Kronen kaufen will, dafür 27 bis 30 Centimes bezahlen muß. Daraus ist zu ersehen, daß es sich hier nicht um einen wirklichen und reellen Kurs handeln kann, sondern daß es sich um Stimmungsbilder handelt, die dort infolge der verschiedenen Vorfälle entstehen. Es stecken vielleicht auch die Banken dahinter.

Der Herr Abgeordnete Dr. Waber hat auch gemeint, daß die Regierung wieder mit einer Kreditoperation an das hohe Haus herangetreten ist, obwohl der Herr Staatssekretär für Finanzen, als das Finanzgesetz für 1919/20 im Finanz- und Budgetausschusse zur Verhandlung kam, gemeint hat, daß dies nicht notwendig sein werde. Ich will richtigstellen, daß der Herr Staatssekretär für Finanzen ausdrücklich erklärt hat, er wünsche, daß der Finanz- und Budgetausschuß sehr rasch arbeite und daß es ihm darum zu tun sei, daß das Finanzgesetz womöglich bis 25. Jänner verabschiedet werde, weil er sonst in die unangenehme Lage kommen würde, neuerdings im Wege eines Spezialgesetzes um eine Kreditermächtigung einschreiten zu müssen. Der Finanz- und Budgetausschuß hat dem Herrn Staatssekretär für Finanzen sofort erklärt, daß es vollständig ausgeschlossen ist, innerhalb einer Frist von drei Wochen das Finanzgesetz sowohl im Ausschusse wie im Hause zu verabschieden und daß es infolgedessen notwendig sein werde, eben diese spezielle Ermächtigung vom hohen Hause zu erbitten. Gerade wir, die wir in der Regierung sitzen, waren ja diejenigen, die es abgelehnt haben, eine bloße Durchpeitschung des Budgets vorzunehmen, sondern wir sind auf dem Standpunkte gestanden, daß eine wirkliche und eingehende Beratung des Finanzgesetzes durchgeführt werde, weil es ja notwendig ist — und diese Beratung bietet die einzige Möglichkeit hierzu —, sich mit der Verwaltung eingehend auseinanderzusetzen. Allein, wir haben die Bemerkung gemacht, daß bei den Beratungen im Finanz- und Budgetausschusse die Herren von der Opposition nur hie und da einmal im Ausschusse erscheinen, sich aber an den Debatten nicht besonders rege beteiligen, obwohl dort die Gelegenheit dazu geboten ist, und wir können daraus entnehmen, daß ihre Beschwerden, die sie immer hier im offenen Hause über diese „Schandwirtschaft“ zum besten geben, denn doch nicht so begründet sein dürften, weil sie sonst wohl die Gelegenheit wahrgenommen hätten, bei den einzelnen Kapiteln ihre diesbezüglichen Beschwerden vorzubringen. Ich will daraus schließen, daß in Wirklichkeit das, was

die Herren immer hier im hohen Hause zum Ausdruck bringen, denn doch nicht ganz richtig ist, wenn es sich darum handelt, an konkreten Fällen nachzuweisen, worin diese „Schandwirtschaft“ eigentlich besteht.

Der Herr Abgeordnete Dr. Waber hat sich auch in einem Irrtum befunden, als er erklärt hat, daß eine Kontrolle der Staatsschulden nicht mehr stattfinden und daß unser Kredit darunter sehr leide. Er hat auch aus dem Plenum des Hauses Zustimmung gefunden. Ich mache darauf aufmerksam, daß sich Herr Abgeordneter Dr. Waber in einem Irrtum befindet; es ist für die Kontrolle der Staatsschulden gesetzlich vorgesorgt und der Staatsschuldenschatz unterzieht sich dieser Aufgabe, ebenso wie er die alten Staatsschulden kontrolliert. (Abgeordneter Dr. Waber: Das ist nur eine buchhalterische Aufgabe!) Ich kann mich noch ganz genau erinnern, daß wir schon in der Provisorischen Nationalversammlung ein diesbezügliches Gesetz beschlossen haben. Der Herr Abgeordnete Kraft war ja mit im Finanz- und Budgetausschuß und wenn ich mich nicht täusche, war er sogar Referent im hohen Hause. (Abgeordneter Kraft: Für die Staatsschulden-Kontrollkommission!)

Der Herr Abgeordnete Dr. Waber hat auch davon gesprochen, daß wir endlich daran schreiten sollen, eine wirtschaftliche Annäherung herbeizuführen. (Zwischenruf.) Da hat er vollständig recht und es wird ja auch der Versuch von der Regierung fortwährend unternommen, diese wirtschaftliche Annäherung herbeizuführen. Wir müssen uns aber doch in die Situation der Regierung versetzen, die zu dem feindlichen Auslande von gestern nunmehr eine wirtschaftliche Annäherung herbeiführen soll, wo doch die Dinge so stehen, daß die Aktivposten bei dem sogenannten feindlichen Auslande, die Passivposten dagegen bei uns in Deutschösterreich vorhanden sind. Zunächst sind wir schon durch den Friedensvertrag geschädigt, durch den uns die Weistbegünstigungsklausel aufgezwungen wurde, und weiters steht doch die Frage so, daß wir über gar keine Rohstoffe verfügen und infolgedessen von dem Auslande abhängig sind. Wir sind doch eigentlich diejenigen, die, wenn es zu einer wirtschaftlichen Annäherung kommen soll, die Empfangenden sind und nicht diejenigen, die geben können. Würden wir durch den Friedensvertrag nicht hinsichtlich der Weistbegünstigungsklausel gebunden sein, so wäre natürlich unsere Situation eine günstigere. Diese zu bessern muß nun Aufgabe unserer Regierung sein und ich habe da eine ganz andere Meinung als die Herren von der Opposition, wenn sie die Verhandlungen, die vor kurzem in Prag stattgefunden haben, so gering einschätzen. Diejenigen — und es sind ja gerade auch hier im Hause Herren, die über diese Dinge immer sprechen — mögen sich nur zurück-

erinnern, wie es in dem ehemaligen Reichsrat ausgesehen hat, wo die Deutschen und die Tschechen, die Polen, die Südslawen usw. wie Hunde und Katzen waren. Sie mögen sich zurückerinnern an jene Zeit des September und Oktober 1918, wo man hier herinnen ordentlich schon gespürt hat und wo es ausdrücklich von den einzelnen Rednern gesagt wurde, daß man persönlich sowohl den Kaiser, wie die kaiserliche Familie, wie auch die einzelnen Generale zur persönlichen Verantwortung ziehen wird, wenn irgendeinem Tschechen oder einem Jugoslawen nur ein Haar gekrümmt werde, daß bedauerlicherweise gerade von jenen Herren, die sich heute in der Großdeutschen Vereinigung zusammengefunden haben, immer alle Gewalttätigkeiten, alle Übergriffe des Militarismus während der ganzen Kriegszeit verteidigt wurden. Sooft die berechtigten Beschwerden von seiten der Tschechen oder Südslawen, Polen oder Ukrainer erhoben wurden, die sich gegen die Übergriffe der Soldateska gewendet haben, waren es immer unglücklicherweise unsere Deutschen, die dem Militarismus zur Seite gesprungen sind und sich dafür eingesetzt und gegen diejenigen, die gerechte Vorwürfe erhoben haben, Stellung genommen haben. Das hat eine solche Verbitterung und eine solche Feindschaft herbeigeführt, daß in dem Momente, in dem der Zusammenbruch erfolgt ist, wo man in Prag daran gegangen ist, die Statthalterei und die einzelnen Bezirkshauptmannschaften in die Hand zu nehmen, wo man die Zügel aufgehalten hat, wo der große Riß eingetreten ist, dann eben solche Zustände eingetreten sind, wie wir sie beim Zusammenbruch gesehen haben. Nun muß unsere Regierung daran schreiten, gerade mit diesen Nationen, die uns umgeben, in Verhandlungen einzutreten und diese Situation, diese ganze Anfeindung, schon langsam zu beseitigen. Es ist infolgedessen notwendig, erst eine ganz andere politische Atmosphäre zu schaffen, bis man daran denken kann, in eine wirkliche wirtschaftliche Annäherung zu treten. Soweit ich die Sache zu beurteilen in der Lage bin, meine ich, daß eben diese Reinigung der politischen Atmosphäre eingetreten ist.

Ich weiß nicht, soviel auch über unsere Regierung gesagt wird, ob es möglich wäre, wenn wir hier eine Regierung, bestehend aus den sogenannten Großdeutschen hätten, mit den Tschechen, Jugoslawen, Polen usw. überhaupt zu verhandeln. (Zustimmung.) Nur dadurch, daß gerade diejenigen Männer, von denen man weiß, daß sie, solange sie überhaupt politisch tätig sind, immer auf dem Standpunkt gestanden sind, das Selbstbestimmungsrecht der Nationen zu wahren, heute in der Regierung sitzen, und daß man weiß, daß es keine Heuchelei ist, wenn unsere Männer hingehen und diese Erklärungen abgeben, sondern daß diese Männer immer für dieses

Ziel gekämpft haben, ist es möglich gewesen, in Verhandlungen einzutreten. Ich weiß nicht, ob es nicht viel schlimmer aussehen würde, als es heute aussieht, wenn nicht diejenigen Männer, die sowohl im Inlande wie im Auslande bekannt sind, die Führung hätten.

Es wird so viel über das Verhältnis nach außen gesprochen. Ich weiß aber nicht, ob es, soviel man vielleicht den Abgeordneten Dr. Bauer wegen seiner politischen Haltung verfolgt hat, jemand gegeben hätte, der nach dem Dr. Adler als Staatssekretär des Äußern möglich gewesen wäre. Gerade in dieser schwierigen Zeit hat es sich darum gehandelt, daß ein Mann im Staatsamte des Äußern vorhanden ist, der wirklich sowohl mit den Jugoslawen als auch mit den Polen und Tschechen verhandeln kann. Wie schwierig die Verhältnisse waren, wissen wir ja selbst alle. Es ist aber schließlich doch gelungen, wenigstens die politische Situation etwas zu ändern. Es werden infolgedessen die wirtschaftlichen Erfolge nicht ausbleiben. Es muß dabei aber natürlich berücksichtigt werden, daß dieses große Elend, das durch den fünfjährigen Krieg hereingebrochen ist, auch vor den anderen Staaten nicht Halt gemacht hat. Wenn wir die Verhältnisse gerecht beurteilen, müssen wir anerkennen, daß auch Tschechien an Kohlenmangel leidet und daß die Schwierigkeiten, die von den Tschechen bei der Kohlenbelieferung gemacht werden, bis zu einem gewissen Grade begreiflich sind. Wenn man in Tschechien, wie sich gezeigt hat, sich mit dem Gedanken befassen muß, den Straßenbahnverkehr in Prag einzustellen, wie es leider schon in Wien geschehen ist, und wenn man andrerseits bedenkt, daß dort noch immer eine nationale Partei vorhanden ist und daß Dr. Kramár und Dr. Rašín die extremsten Nationalisten sind, so können Sie sich leicht ausdenken, wie schwierig die Verhältnisse sind, und daß auch die vernünftigeren Kreise in der Tschecho-Slowakei mit ihnen zu rechnen haben. Wenn es sich um die allgemeinen Interessen des deutsch-österreichischen Volkes handelt, so sollen wir, auch wenn uns die Parteirichtungen bis zu einem gewissen Grade spalten, in dem Gedanken einig sein, nur das zu unternehmen, was im Interesse des deutsch-österreichischen Volkes liegt, und alles andere zu vermeiden. Wir können ja im eigenen Hause den Streit der Meinungen unter den Parteien, der nicht aus der Welt zu schaffen ist, weiterführen, obwohl ich natürlich der Ansicht bin, daß auch hier Formen gefunden werden können, die trotz aller Parteiverschiedenheit ein Zusammenarbeiten ermöglichen.

Nachdem der Herr Abgeordnete Dr. Baber nur Einwendungen gegen die Vorlage gemacht hat, die dahin ausklangen, daß die Großdeutsche Vereinigung kein besonderes Vertrauen zur derzeitigen

Regierung hat und aus diesen Gründen den Gesetzesentwurf, betreffend Kreditoperationen, ablehnt, ist eigentlich weiter nichts zu bemerken.

Es wurde noch ein Zusatzantrag zum § 1, Absatz 2, eingebracht, welcher die Aufnahme der Worte verlangt (*liest*):

„deren Gewinne ohne jeden Abzug von Steuern und Gebühren auszuzahlen und in die Bemessungsgrundlage der Einkommensteuer nicht einzubeziehen sind.“

Da ich dahin informiert wurde, daß dieser Antrag im Einvernehmen der Parteien gestellt wurde, bitte ich, ihm zuzustimmen.

Präsident Dr. Dinghofer (*welcher während vorstehender Rede den Vorsitz übernommen hat*): Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte, die Plätze einzunehmen. § 1, Absatz 1 und 2 sind unbestritten. Ich bitte die Frauen und Herren, welche ihnen in der Fassung des Ausschusses die Zustimmung geben wollen, sich von den Sitzen zu erheben. (*Geschicht.*) Angenommen.

Zu Absatz 2 liegt ein Zusatzantrag des Herrn Abgeordneten Josef Weiß vor. Wünschen die verehrlichen Abgeordneten, daß er verlesen wird? (*Niemand meldet sich.*) Es ist nicht der Fall. Ich nehme an, daß er bekannt ist.

Ich bitte jene Frauen und Herren, welche diesem Zusatzantrage Weiß ihre Zustimmung geben wollen, sich von den Sitzen zu erheben. (*Geschicht.*) Angenommen.

Absatz 3 und 4, § 2 sowie Titel und Eingang des Gesetzes werden nicht bestritten. Ich bitte diejenigen Frauen und Herren, welche Absatz 3 und 4, § 2 sowie Titel und Eingang des Gesetzes ihre Zustimmung geben wollen, sich von den Sitzen zu erheben. (*Geschicht.*) Angenommen.

Berichterstatter Schiegl: Ich beantrage die sofortige Vornahme der dritten Lesung.

Präsident Dr. Dinghofer: Der Herr Berichterstatter beantragt die sofortige Vornahme der dritten Lesung. Ich bitte jene Frauen und Herren, welche mit der sofortigen Vornahme der dritten Lesung einverstanden sind, sich von den Sitzen zu erheben. (*Geschicht.*) Dieser Antrag ist mit Zweidrittelmehrheit angenommen. Wünscht jemand das Wort? (*Niemand meldet sich.*) Es ist nicht der Fall. Ich bitte nunmehr diejenigen Frauen und Herren, welche das Gesetz auch in dritter Lesung annehmen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. (*Geschicht.*) Das Gesetz, betreffend Kreditoperationen (640 der Beilagen), ist auch in dritter Lesung angenommen.

Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Vorlage der Staatsregierung (611⁴ der Beilagen), betreffend Einführung eines Monopols für Mineralwässer und Mineralwasserprodukte (639 der Beilagen).

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Schiegl. Ich ersuche ihn, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter Schiegl: Hohes Haus! Durch den Zusammenbruch der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie sind wir von den meisten Heilquellen, die wir früher hatten, abgeschnitten, da sich diese größtenteils in Gebieten befinden, die nunmehr zum Auslande gehören. Es sind nur mehr wenige Heilquellen vorhanden, die im Gebiete Deutschösterreichs liegen. Es zeigt sich auch heute schon, daß eine furchtbare Verteuerung dieser Mineralwässer eingetreten ist. Infolge der Verschlechterung der Wälua wird heute bereits das Zehnfache der bisherigen Preise bezahlt. Die Regierung geht nun von dem Gedanken aus, daß es notwendig wäre, schon jetzt Vorsorge dafür zu treffen, daß die künstliche Erzeugung von Mineralwässern, die ja infolge dieses großen Preisunterschiedes in Deutschösterreich bald einsetzen wird, begünstigt werden soll. Die Regierung will nun, daß schon jetzt Vorsorgen dafür getroffen werden, daß diese Produktion in Deutschösterreich vor sich geht und nachdem ein wichtiger Rohstoff zur Bereitung dieser künstlichen Mineralwässer, das Salz, bereits ein Monopologegenstand ist, soll die Regierung die Ermächtigung bekommen, das Monopol für Mineralwässer und Mineralwasserprodukte einzuführen. Es sprechen dafür volkswirtschaftliche und auch staatsfinanzielle Momente.

Der Finanz- und Budgetausschuß hat sich in sehr eingehender Weise mit der Vorlage der Staatsregierung beschäftigt. Es wurde im Ausschusse der Meinung Ausdruck gegeben, daß im Gesetzentwurfe nicht ganz genau zum Ausdruck komme, was eigentlich die Regierung wünscht, und es wurde die Meinung vertreten, daß die Regierung eventuell auf Grund der Ermächtigung, die ihr nun gegeben werden soll, danach greifen könnte, die einzelnen Heilquellen direkt zu monopolisieren und es wurde der Befürchtung Ausdruck gegeben, daß möglicherweise dadurch Konflikte entstehen können, daß auch Trink- und Bädakuren in dieses Gesetz einbezogen sein würden. Im Finanz- und Budgetausschuß wurde nun, um diesen Bedenken Rechnung zu tragen, eine Abänderung des § 2 des Gesetzes beantragt. Andererseits hat auch der Berichterstatter unter Hinweis auf die Bestimmungen des § 4, Absatz 2, des Gesetzes vom 6. Februar

1919, St. G. Bl. Nr. 154, wonach die Mineralwassersteuer sowohl den öffentlichen Krankenanstalten sowie auch den Zwangsfrankenassen rückvergütet wird, die Anregung gegeben, daß auch hinsichtlich der Monopolgebühren und der Lizenzgebühren dem Rechnung getragen werden soll und daß diese Rückvergütung auch hier eintreten habe.

Sonst war das Gesetz nicht bestritten. Ich erlaube mir, um Sie nicht länger aufzuhalten, nur auf den sehr ausführlichen schriftlichen Bericht zu verweisen, in dem eine genaue Erläuterung des Gesetzes gegeben ist, und bitte Sie im Namen des Finanz- und Budgetausschusses, dem Gesetzentwurfe mit den vom Ausschusse vorgenommenen Änderungen die Genehmigung zu erteilen.

Präsident Dr. Dinghofer: Mit Zustimmung der hohen Versammlung werde ich die General- und Spezialdebatte unter Einem durchführen. Wünscht jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall.

Wir kommen zur Abstimmung und ich bitte, die Plätze einzunehmen.

Es liegen weder Abänderungs- noch Zusatzanträge vor, ich werde daher über das Gesetz unter Einem abstimmen lassen.

Ich bitte diejenigen Frauen und Herren, welche die §§ 1 bis einschließlich 6 sowie Titel und Eingang des Gesetzes in der Fassung des Ausschusses annehmen wollen, sich zu erheben. (Geschlecht.) Das Gesetz ist in zweiter Lesung angenommen.

Berichterstatter Schiegl: Ich beantrage die sofortige Vornahme der dritten Lesung.

Präsident Dr. Dinghofer: Der Herr Berichterstatter beantragt die sofortige Vornahme der dritten Lesung. Ich bitte diejenigen Frauen und Herren, welche der sofortigen Vornahme der dritten Lesung ihre Zustimmung geben wollen, sich zu erheben. (Geschlecht.) Das hohe Haus hat mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit die sofortige Vornahme der dritten Lesung beschlossen. Wünscht jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall. Ich bitte diejenigen Frauen und Herren, welche dem Gesetzentwurfe auch in dritter Lesung ihre Zustimmung geben wollen, sich zu erheben. (Geschlecht.)

Das Gesetz wegen Einführung eines Monopols für Mineralwässer und Mineralwasserprodukte (gleichlautend mit 639 der Beilagen) ist auch in dritter Lesung angenommen.

Der nächste Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft über den Antrag der

Abgeordneten Dr. Gürtler und Genossen (454 der Beilagen), betreffend die Wiederherstellung unseres heimischen Viehstandes (594 der Beilagen). — Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Hollersbacher. Da er jedoch durch Krankheit am Erscheinen verhindert ist, so wird der Obmann des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft, der Herr Abgeordnete Hauers, das Referat erstatten und ich ersuche ihn, die Verhandlungen einzuleiten.

Berichterstatter **Hauers**: Bei der Beratung des Antrages der Herren Abgeordneten Dr. Gürtler und Genossen, Nr. 454, betreffend die Wiederherstellung des heimischen Viehstandes, wurde im Ausschusse zunächst die Frage aufgeworfen: Was ist die Ursache, daß unser heimischer Viehstand wieder hergestellt werden muß, und zweitens, was ist zur Wiederherstellung des heimischen Viehstandes notwendig? Bei der Erörterung der ersten Frage wurde zunächst darauf hingewiesen, daß an der so argen Dezimierung unseres Viehstandes die rücksichtslosen Viehrequirierungen Schuld sind, welche während des Krieges stattgefunden haben. Es wurde bei diesen Requirierungen auf die Leistungsfähigkeit der einzelnen wenig Rücksicht genommen und es wurden auch sogar Melkkühe und sehr gute Zuchttiere der Schlachtbank zugeführt, weil sonst den Anforderungen nicht genüge geleistet werden konnte.

Am meisten haben wohl unter diesen Requirierungen jene Länder, beziehungsweise Teile gelitten, die engeres Kriegsgebiet oder doch nahe dem Kriegsschauplatz waren. Wir in den Alpenländern, besonders in Tirol, Salzburg und Vorarlberg, hatten in der Vorkriegszeit eine ganze Reihe blühender Viehzuchtgenossenschaften, das Ergebnis jahrelanger eifervoller und zielbewußter Zusammenarbeit aller in Betracht kommenden Faktoren, vom Ackerbauministerium bis herab zu den wackeren Viehzuchtinspektoren und unserer fleißigen Züchtern. Aber während des Krieges sind diese Genossenschaften, ich möchte fast sagen, bis auf Ruinen zusammengeschmolzen, und zwar zum guten Teile eben wieder wegen der sinn- und rücksichtslosen Requirierungen.

Außer den Viehrequirierungen haben aber auch noch andere Umstände mitgewirkt, die Viehhaltung zu erschweren, so die Aufträge zur Ablieferung von Heu und Stroh, von Getreide und Kartoffeln usw. Weiters, daß es während des Krieges fast unmöglich war, künstliche Futtermittel zu beschaffen, daß es fast unmöglich war, künstliche Düngemittel zu bekommen, um die Futterproduktion zu heben. Diese Umstände haben also zur Dezimierung unseres heimischen Viehstandes geführt.

Nun die Frage: Wie kann der heimische Viehstand wieder aufgerichtet, wie wieder hergestellt werden? Nach meinem Dafürhalten ist hierzu

in erster Linie Geld notwendig. Man sagt, zum Kriegsführen gehöre Geld; wie die Erfahrung uns lehrt, gehört Geld auch zur Wiedergutmachung der Kriegsschäden. Wir haben ja in dieser Beziehung im hohen Maße schon ziemlich viel bewilligen müssen und ich glaube, es wird auch die heimische Viehzucht ohne dieses Mittel nicht wiederhergestellt werden können. Was kostet zum Beispiel nur ein aus dem Auslande (der Schweiz) zu beschaffender Zuchttier? Dann aber glaube ich auch, meine Herren, wird notwendig sein, daß man planmäßig zusammenarbeitet und alle Faktoren, die bei der Förderung der Viehzucht in Betracht kommen, zusammenwirken, damit eben unsere Viehzucht in qualitativer und quantitativer Hinsicht wieder auf jene Höhe — vielleicht in langer Arbeit — gebracht werden kann, auf der sie vor dem Kriege war. Ich bin überzeugt, meine Herren, die Bauern werden, soweit sie in Betracht kommen, diese Mitarbeit sicherlich leisten, denn der Bauer hat ja doch bisher schon bewiesen, daß er eigentlich der Arbeitsfreudigste und der Arbeitswilligste ist, und ich bin überzeugt, daß er an dem, was er bisher bewies, auch in der Zukunft festhalten und mithelfen wird, das angestrebte Ziel zu erreichen.

Neben dem wird dann wohl weiter notwendig sein die Förderung des Futterbaues, es wird notwendig werden die Hebung der Weidewirtschaft und es wird auch notwendig werden die Beschaffung von Futtermitteln, eventuell aus dem Auslande. Es wird aber auch notwendig sein, daß neben der Hebung der Rindviehzucht doch auch die Hebung der sogenannten Kleinviehzucht, insbesondere auch der Schweinezucht, welche jetzt sehr im argen liegt, ins Auge gefaßt wird.

Ich habe früher gesagt, daß es notwendig sein wird, erhebliche Geldmittel zur Verfügung zu haben, um diese Ziele zu erreichen. Aus diesem Grunde wäre es mir am liebsten gewesen, wenn der Bericht des Ausschusses in die Aufforderung an das sonst ziemlich zugeknöpfte Finanzministerium ausgeklungen wäre, es möge jährlich einen bestimmten Betrag für Förderung der Zwecke der Viehzucht in das Budget einstellen, so zwar, daß man auf eine Reihe von Jahren mit ganz bestimmten festen Mitteln für diese Zwecke würde rechnen können, so wie es seinerzeit im Gesetz vom 30. Dezember 1909, R. G. Bl. Nr. 222, geschehen ist. Aber, wie gesagt, diese wünschenswerte Ergänzung der Resolution ist im Ausschusse nicht beschlossen worden und ich habe hier die Beschlüsse des Ausschusses zu vertreten.

Ich bitte daher die Herren, dem Antrage des Ausschusses zuzustimmen, der da lautet (liest):

„1. Das Staatsamt für Land- und Forstwirtschaft wird aufgefordert, im Ein-

vernehmen mit den Landesregierungen und den landwirtschaftlichen Körperschaften ein Wiederherstellungs- und Förderungsprogramm zur Hebung unserer Viehzucht auszuarbeiten und seine Durchführung unverzüglich in Angriff zu nehmen.

2. Das Staatsamt für Finanzen wird aufgefordert, den zur Durchführung dieses Viehzuchtförderungsprogrammes notwendigen Betrag in den Staatsvoranschlag einzustellen."

Präsident Dr. Dinghofer: Zum Worte haben sich gemeldet die Herren Abgeordneten Niedrist, Abram und Kocher.

Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Niedrist.

Abgeordneter Niedrist: Hohe Nationalversammlung! Der Herr Berichterstatter hat darauf hingewiesen, daß unsere Viehzucht sehr im argen liegt und daß dieser Antrag ein Antrag ist, der den vollen Zweck nicht erreicht, weil in dem Antrage, den der Ausschuß vorgelegt hat, allerdings gefordert wird, daß wir eine Unterstützung, und zwar eine ausgiebige Unterstützung erhalten, diese jedoch nicht in Ziffern ausgedrückt ist. Die Viehzucht oder vielmehr die Viehwirtschaft ist einer der bedeutendsten Zweige der Volkswirtschaft. Bei uns in den Alpenländern ist die Viehwirtschaft in allen Belangen vorherrschend, weil wir uns mit Getreidebau usw. nicht befassen, sondern wir nur die Vorbedingungen für die Viehzucht haben. Leider haben wir durch den Krieg, durch die furchtbaren Folgen, die er mit sich gebracht hat, an unserer Viehzucht am meisten gelitten.

Der Herr Berichterstatter hat unter anderem darauf hingewiesen, daß man in den Ländern, die unmittelbar hinter der Front liegen, den Viehstand am meisten herangezogen hat, und zwar leider oft ganz ziel- und planlos. Nicht nur daß man im Kriege für die Heeresverwaltung außergewöhnlich viel abliefern mußte, haben wir auch jetzt noch an die Konsumorte viel abzuliefern. Wir liegen weit draußen vom Zentrum, bei uns sind die Zufahren nicht so häufig wie anderswo, und weil wir eben draußen an der äußersten Grenze des Reiches liegen, müssen wir zu denjenigen Konsumartikeln greifen, die vorhanden sind, zu Vieh und Fleisch.

Leider muß man noch bemerken, daß nicht nur Jungvieh zur Abstellung gebracht wird; denn wir haben in Tirol und in den Alpenländern eigentlich schon lange kein Schlachtvieh mehr, das Wort „Schlachtvieh“ ist schon lange nicht angemessen, weil wir kein Schlachtvieh haben; wir

haben nämlich erstens keine Futtermittel dazu und zweitens sind wir Viehzüchter und nicht Viehmäster.

Daher müssen wir Nutz- und Zuchtvieh zur Abstellung bringen. Unter diesen sind tausende und tausende Stücke, die einen sehr hohen Zuchtwert hätten. Als Kontrollor der Landesviehstelle, die die Schätzung und Abwage zu besorgen hat, sehe ich das. Und nicht nur Zuchtwert, sondern auch Nutzwert gehen verloren. Es mag einem völlig das Herz weh tun, wenn man Kühe, die sechs, sieben und acht Liter Milch pro Tag liefern, dem Tode überantworten muß, und es fragt sich, ob es nicht besser wäre, eine Kuh, die in der Woche fünfzig bis sechzig Liter Milch liefert, würde am Leben bleiben. Denn fünfzig, sechzig Liter Milch sind mehr als für die einzelne Partei dreißig Kilo Fleisch. Immerhin ist der Fleischbedarf da, es wird angefordert und der Bauer kann nichts anderes liefern, er muß schließlich und endlich auch die Kuh abliefern.

Mit einem Worte: es wird heute noch Raubbau schlimmster Sorte getrieben. Denn nicht nur durch die Abstellung, die gesetzlich geregelt ist, sondern auch durch den Schleichhandel wird nebenbei Raubbau betrieben. Der Schleichhandel und der Schmuggel sind geradezu kraß, weil wir unmittelbar in der Gegend sind, wo die Lire klingt und von Bayern her die Mark. Daher geht das Vieh über die Grenze, wenn nicht in Massen, so doch in bedeutender Menge. Vor kurzer Zeit hat man wieder 14 Pferde und Kühe auf einmal beschlagnahmt. Der Schleichhandel wird dadurch genährt, daß es in den Städten Leute gibt, die über die nötigen Geldmittel leicht verfügen und daher das Fleisch um jeden Preis kaufen. Viele behaupten, ohne Schleichhandel kann man überhaupt nicht leben, weil die amtlich zugeteilten Rationen absolut nicht ausreichen. Aber der Schleichhandel mit Vieh ist der schlimmste von allen. Es ist vorgekommen, daß Kühe unmittelbar vor der Abkalbung, die schönsten Kühe, als Zuchtkühe verkauft worden sind. Zuchtvieh können wir ja verkaufen. Dann wird es wiederverkauft und schließlich wird dieses Zuchtvieh geschlagen. Es ist gar nicht lange her, da haben wir in meiner Nähe für Wien 26 Kühe mit 47.000 Kilogramm abgestellt; darunter waren Kühe, die 600 bis 700 Kilogramm und darüber gewogen haben, und Kühe, die hoch trächtig waren. Ich glaube wohl nicht, daß viele von diesen Kühen noch in Wien leben werden; daß die Kälber dieser Kühe in Wien das Licht der Welt erblickt haben und daß von der Milch die Kinder Wiens sich erholt haben. Ich glaube, dieses Vieh ist mehr oder weniger nach St. Mary oder anderswohin verschwunden. Diese Wirtschaft ruiniert uns, der Schmuggel, der Schleichhandel und die übermäßigen Anforderungen.

Aber zum Schleichhandel gehören wenigstens zwei, einer der kauft und einer der verkauft. Und da sagt man immer, der Bauer, der verkauft, ist eben der Lump, wie der, der kauft und im Kettenhandel wiederverkauft. Aber seien wir ganz ehrlich. Der Bauer muß ja etwas teurer verkaufen, denn wenn er sich nur an die Preise hält, die von der Regierung gewährleistet, von der Landesregierung oder vom Ernährungsamt vorgeschrieben werden, und er verkauft drei, vier Stück Kühe aus seiner Wirtschaft — andere Sachen haben wir ja nicht zu verkaufen — da nimmt er kaum so viel dafür ein, um die nötige Beschuhung für seine Leute zu beschaffen, kaum die Schuhnägel kann er kaufen, wie man sagt, weil alles so fabelhaft teuer ist. Bis er da einmal 5000 bis 6000 K einnimmt. Und was sind die heute? Das ist in einer Wirtschaft eigentlich gar nichts. Daher das Bestreben, etwas teurer abzusetzen. Nutz- und Zuchtvieh darf er ja verkaufen und das setzt er teurer ab. Das ist allerdings richtig. Aber für das ganze ist die Sache nicht ungefährlich, weil dadurch das Nutz- und Zuchtvieh seiner Bestimmung entzogen wird.

Die erste und notwendigste Aufgabe, die wir zur Hebung der Viehzucht zu erfüllen haben, ist, daß wir endlich diesen Raubbau abstellen, daß wir dem Rad in die Speichen greifen, daß immer abwärts rollt. Denn heute geht es noch immer abwärts. In manchen Wirtschaften ist der Viehstand nicht nur zahlenmäßig allzusehr zurückgegangen, sondern vor allem in der Qualität. Wir müssen endlich diesem Raubbau ein Ende setzen. Und da ist es zunächst notwendig, wenn man von der Hebung der Rindviehzucht spricht, daß man den Bauer aus seiner Verzagttheit aufrichtet, daß man ihm aufrüttelt und sagt, Mensch, so geht es nicht weiter. Es ist alles gleich teuer. Ob man einen schönen Zuchtstier hat oder einen minderen Stier, ob man die Kuh hat oder jene, heute gilt die Wage; was auf der Wage wiegt, das wird ausbezahlt, ob es besser oder minder ist, ist ganz gleichgültig. Daher ist der Bauer bei einer gewissen Wirrtheit angelangt, was sehr betrübend ist. Diese Verzagttheit und Trostlosigkeit kommt daher, daß der Bauer sieht, wie ein Stück nach dem anderen von seinem herrlichen Viehstand verschwindet, daß er sieht, daß er sich nie mehr einen guten Zuchtstier wieder nachschaffen können. Die Rindviehzucht kann erst wieder gebessert werden, wenn man wieder anfängt, ein besseres Stiermaterial, eine bessere Zucht einzuführen, wenn man die Zuchtgenossenschaft wieder aufweckt, die bereits den Schlaf des Gerechten schläft. Warum? Weil keine Mittel vorhanden sind, weil man nicht wirtschaften kann, weil die Zuchtinspektoren und Gehilfen unserer Zuchtinspektoren, weil die Leute, die sich damit befassen, der Landeskulturrat usw. ganz andere Bestimmungen während des Krieges hatten

und keine Zeit und auch keine Mittel gehabt haben, um den Leuten an die Hand zu gehen. Es ist also eine unbedingte Notwendigkeit, daß dem Raubbau in der Rindviehzucht ein Ende bereitet werde.

Weiter ließe sich mit der Kleinviehzucht viel machen. Wieviel tausend Schafe würden in unserem Gebirge Nahrung haben. Es sind bei uns zu wenig Ziegen, weil das Forstärar die Ansicht vertritt, daß die Ziege als ein vorzüfünftliches Tier zu betrachten ist. Die Leute wollen die Ziegen überhaupt nicht. Dem Förster ist die Ziege nicht angenehm. Aber sie ist doch ein so nützliches Haustier, das so viel gute Milch gibt, daß man die Ziegenhaltung überall dort, wo ein Gebirge ist, mit allen Mitteln fördern sollte.

Die Schweinezucht ist natürlich in den Alpenländern nicht möglich, weil wir keine Kraftfuttermittel bekommen und selbst keine haben. Das einzige Mittel, dieser Wirtschaft ein Ende zu bereiten und sie wieder auf den Weg der Umkehr zu bringen, wäre das Wiederbeleben der Genossenschaften.

Ein anderes Mittel ist, daß man den Futterbau hebt. Denn gerade der Futterbau hat während des Krieges sehr gelitten. Man hat immer gesagt: Die Bäuerinnen, Kinder, Greise und alten Mütter bearbeiten das Gut. Sie haben vielleicht den größten Teil des Futters hereingebracht, aber sie haben dem Gute nichts zurückgeben können. Wenn man eine Kuh immer melkt und ihr nichts gibt, dann wird die Kuh bald streiken. Ebenso ist es beim Futterbau in der Landwirtschaft. Der Mangel an Kunstdünger ist in der Landwirtschaft allgemein und beklagenswert. Leider ist hier keine Aussicht auf Besserung, denn Kunstdünger haben wir auf der Welt überhaupt zu wenig. Kali aus Deutschland und Gips-Bohringen werden wir nicht sobald bekommen, und mit dem Kunstdünger schaut es überhaupt traurig aus.

Wir müssen uns also auf andere Weise helfen und könnten uns sehr leicht helfen, wenn wir endlich zu Meliorationen, zur Verbesserung unserer Gründe schreiten würden. Wir haben eine Million Hektar Wiesen und Futtergründe; davon sind eine halbe Million Hektar, also die Hälfte des Grundes, verbesserungsbedürftig. Wieviel Millionen an Ertrag würde da herauswachsen, wenn wir diese Wiesen endlich einmal meliorieren würden. An Weiden und Alpen haben wir 400.000 Hektar, an Hutweidenalpen 1.3 Millionen Hektar, zusammen 1.7 Millionen; davon sind 6 Prozent verbesserungsbedürftig, und zwar in hohem Maße. Viele Weiden sind in den Alpenländern zum Jagdsport verwendet worden. Diese Weiden könnten verbessert werden und ein sehr nützliches Futter liefern, mit welchem unser Vieh bei geringen Kosten erhalten werden könnte. Es gehen auch sehr viele Düngemittel zugrunde. Jeder Bauer hat Düngemittel, nur müßten dieselben

ordentlich gesammelt werden. 68.000 landwirtschaftliche Betriebe in Österreich sind jetzt, im 20. Jahrhundert — man sollte es kaum glauben — ohne Jauchengrube, ohne Düngestätte. Wieviel ließe sich mit diesen Düngemitteln machen, wenn da von seiten des Ackerbauministeriums richtig eingegriffen würde!

Auf diese Weise könnten wir uns helfen, aber dazu brauchen wir — der Herr Berichterstatter hat selbst darauf hingewiesen — Geld. Wenn aber das Ackerbauministerium, jetzt Staatsamt für Landwirtschaft, um Geld kommt, ist gewöhnlich das Finanzministerium nicht zu Hause. Wenn aber irgendein anderer anklopft, zum Beispiel für Beamte oder für alle möglichen Sachen, schreit das Finanzministerium gleich: Hier! Selbst wenn die Gemeinde Wien ihre Beamten nicht mehr zahlen kann und eine Aushilfe oder Vorstoß braucht, schreit das Finanzministerium gleich: Hier! Wenn aber das Ackerbauministerium, die Landwirtschaft, von der alles lebt, die das Um und Auf in einem Staate bildet, um Geld kommt, da wird mit der Goldwaage ausgewogen, da muß man sich um jede Million herumstreiten.

Im Jahre 1909 haben wir uns lange Zeit herumgestritten, bis wir endlich tutti quanti sechs Millionen für alles zusammen herausgehaut haben — sechs Millionen für die Landwirtschaft! Wir werden ja sehen, ob in der Zukunft mehr Einsicht vorhanden sein wird. Wir haben da einen Gesetzentwurf, der ganz richtig wäre und in dem alles enthalten ist, was zur Förderung der Landeskultur geplant ist. Es sind dies gewiß großartige Pläne, und wenn dieses Gesetz durchgeführt wird und die Finanzen dazu beschafft werden, dann kann sehr viel geleistet werden. Ich glaube, daß gerade das Geld, das man in die Landwirtschaft hineinsteckt, am reichlichsten Zinsen trägt. *(Sehr richtig!)*

Jeder Bauer, er mag groß oder klein sein, weiß aus eigener Erfahrung, was er in den Boden hineinsteckt, kommt wieder retour, der Boden, die Mutter Erde, gibt es wieder zurück und ich glaube, daß der junge Staat Österreich, dieser schwache Staat, jetzt im Kriege doch endlich gelernt haben sollte, daß heute der Beste im Staate derjenige ist, der in seiner Wirtschaft selbst erzeugt. Selbst der Millionär in der Großstadt hat heute nicht alles so zur Verfügung wie der Bauer. Denn auch ein mittelmäßiger Bauer ist an der Quelle, er ist der Urproduzent.

Früher hat man geglaubt, da behilft man sich, indem man einfach argentinisches Fleisch einführt. Man forstet die Alpenländer einfach auf, Fleisch kommt von Argentinien, Schöpfernes aus Australien, die Milch kommt aus aller Herren Länder als Trockenmilch; wir brauchen die Viehzucht, die ein passiver Faktor ist, oder die Landwirtschaft in Österreich gar nicht mehr. Jetzt aber sucht man alles in dem Boden, und zwar in der nächsten Nähe,

nicht in Argentinien, nicht in Australien, sondern die Städter gehen hinaus, und zwar in die nächste Umgebung und schauen auf den Boden, nicht nur auf die Berge hinauf, sondern dorthin, wo etwas zu holen und zu finden ist. Da wollen jetzt viele in den Alpenländern, trotzdem der Ertrag des Bodens so mager ist, trotzdem dort so viel gearbeitet werden muß, überhaupt bei uns im Zillertal, wo die Erde getragen werden muß, wo so viel geschunden werden muß, sich ansiedeln und ein Gut kaufen. Warum? Weil sie sehen, daß es eine bloße Illusion war, daß man aus aller Herren Länder jetzt Fleisch liefern kann. Viele haben geglaubt, daß man, weil die Erfindung gemacht worden ist, unter dem Äquator mit Eismaschinen Gefrierfleisch zu erzeugen, Fleisch von dorthin bringen kann. Aber heute ist das Fleisch dort und wir sind da und der Schmalhans ist in manchen Betrieben Küchenmeister. Wenn man aber das Fleisch in der Nähe hat, wenn man die Viehzucht, die Landeskultur in allen Belangen, wie es da in dem Gesetzentwurf verlangt wird, hebt, dann sind wir selbständig.

Die Landwirtschaft ist die Grundlage jedes Staates, die Landwirtschaft liefert die beste Bevölkerung. Früher hat man immer gesagt, von der Landwirtschaft kommt die beste Wehrmacht. Tatsächlich ist sie derjenige Faktor, der die Hauptsäule eines Staatsgebildes ist. Bisher hat man in Österreich die Landwirtschaft immer links liegen lassen und hat sich um sie sehr wenig gekümmert. Das Ackerbauministerium ist das fünfte Rad am Wagen gewesen. Im Finanzausschusse ist das Referat darüber irgendwie nebensächlich behandelt worden, man hat sich darum nicht viel geschert. Man hat gesagt: das Ackerbauministerium ist nicht mehr als ein Subventionsministerium. Auch heute scheint es will man in dem Antrage nicht zugestehen, daß die Landwirtschaft Geld braucht. Wir haben es nicht so weit bringen können, daß man unseren Bedarf in Ziffern ausgedrückt hat. Mit Geld läßt sich Geld machen, und wenn der Bauer kein Geld hat und in die Landwirtschaft nichts hineinstecken kann, bringt er nichts heraus. Daher bitte ich, daß dieser Antrag angenommen wird und daß sich die Finanzverwaltung endlich befüßt. Wenn dieser Staat ohnedies schon so viel Schulden hat, 20 Milliarden, so kommt es auf eine halbe Milliarde mehr doch nicht an. *(Heiterkeit.)* Kredit haben wir ohnedies nicht viel. Ich glaube, die Förderung der Landwirtschaft ist der beste Kredit. Schauen wir nach der Schweiz, nach Bayern, nach dem übrigen Deutschland, ich will gar nicht sagen nach Holland, wo die Viehzucht und die Milchwirtschaft in solcher Blüte steht! Das Schweizer Vieh kommt in die ganze Welt. Die Viehzucht in der Schweiz ist sicherlich nicht nur durch die schönen Reden der Zuchtinspektoren über Viehzucht so gehoben worden,

sondern dadurch, daß sie klingende Münze mitgebracht haben. Der Bauer ist natürlich schönen Reden allein nicht zugänglich, wenn er nicht sieht, daß man ihm nachhelfen will. Wenn man nichts hineinsteckt, kann man auch nichts herausbringen. Daher hoffe ich, daß dieser Vorlage, die nur eine Einleitung ist, auch das nachfolgt, was man braucht und der Finanzausschuß das notwendige Geld bewilligen wird. Ich hoffe auch, daß das Gesetz bald in Kraft tritt, damit die gesamte Landwirtschaft gehoben und die Grundlage für den neuen Staat Österreich gelegt wird. *(Lebhafter Beifall.)*

Präsident Dr. Dinghofer: Zum Worte ist noch gemeldet, und zwar kontra der Herr Abgeordnete Wimmer; ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Wimmer: Der Herr Berichterstatter des Ausschusses für Landwirtschaft hat mit Recht gesagt, daß der furchtbare Krieg unsere Viehzucht sehr mitgenommen hat. Aber an dem Rückgang unserer Milchproduktion ist nicht nur gerade der Krieg schuld. Man hätte doch gehofft, daß wenigstens nach dem Krieg ein anderes System eintreten wird, um die Landwirtschaft auf eine höhere Stufe zu bringen. Jeder weiß, daß nur die Landwirtschaft und niemand anderer Brot und Milch liefern kann.

An den kompetenten Stellen aber, besonders in den Ländern draußen findet man heute bei den Ernährungsbehörden Leute, die von der Landwirtschaft soviel wie gar nichts verstehen. Sie reden nur und zählen, wie man sagt, die Kuh beim Schweiß auf. Das verstehen sie ganz gut und so sind wir in der Milchwirtschaft so zurück, wie wir es heute sind. Wie oft haben wir von dieser Stelle aus die Heuzentrale kritisiert, die jetzt im großen und ganzen Gott sei Dank aufgehoben ist, aber in den Ländern draußen noch immer existiert. Die einzelnen Bezirke sperren sich ab, weil in dem Referat ein Herr sitzt, der nicht haben will, daß ein Gebirgsbauer von dem anderen Heu kauft. So hat sich bei uns in Salzburg die Tatsache ergeben, daß voriges Jahr eine Menge Kühe durch die Tagfütterei, die den ganzen Winter betrieben werden mußte, weil die Leute kein Heu hatten, zugrunde gegangen sind. Das ist gewiß keine Förderung der Milchproduktion. Was die Ablieferung der Kühe anbelangt, so gäbe es jetzt gewiß einen regen Austausch zwischen Hörndl- und Körndlbauern, wie er immer stattgefunden hat, wo der eine das Nutzvieh und der andere das Schlachtvieh hergibt. Aber das hat diese Herren nie geniert, wenn sie nur ihre Bissigkeit gegen die Landwirtschaft zeigen konnten. Obwohl sie selbst immer schreien: Milch her! Brot her! und dergleichen,

mußten in den Gebirgsgegenden sogar trüchtige Kühe geschlachtet werden, weil man sich nicht in Flachgau im Austausch Mastvieh verschaffen konnte. Wenn man weiters die Fleischpreise, die Milchpreise und die Gesteungskosten in Betracht zieht, heute, wo ein Meterzentner Heu schon über 200 K kostet, so ist es kein Wunder, wenn sich der Landwirt sagt: Ich muß ja auch auf meine Produkte etwas aufschlagen. Auch die Dienstboten verlangen, und zwar mit Recht, höhere Löhne, weil auch sie Schuhe, Kleider und dergleichen brauchen. Und die Bauern, die auf die Dienstboten sehr angewiesen sind, sind gezwungen, ihnen mehr zu zahlen und sie tun es auch gerne. Insbesondere die Wiener Blätter sind es, die die Fleischpreise zum Anlaß nehmen, um in die Welt hinauszuschreien: Die Bauern wuchern, die Fleischpreise sind horrend! Wir liefern das Fleisch um 6 K für das Kilogramm Lebendgewicht ab und hier kostet es 70 bis 80 K. Wo ist der Wucherer? Wo ist der Wucherer bei der Milch?

Wir haben bis heute unsere Milch dort um 42 h verkauft, zu einer Zeit, wo ein Meterzentner Heu 200 K kostet. Wo ist da der Wucher? Das mögen sich die Herren, die dort in den Approvisionierungsämtern und dergleichen sitzen, hinter die Ohren schreiben und das mögen sie vergleichen. Sie wissen schon ihre Löhne durch Streiks und dergleichen zu erhöhen. Der Bauer hat das bis heute nicht getan, er ist ruhig gewesen, ist seiner Pflicht nachgekommen und hat geliefert, so gut er es konnte.

Bei uns in Salzburg — man redet immer von dem, was einem am nächsten ist — ist es Sitte, daß jeder Dienstbote, weil ihm eben der Gebirgsbauer nicht so viel Geld geben kann, sich ein Schaf oder eine Ziege halten darf und nach dem Jahresablauf gehört der Erlös aus dem Verkauf dem Dienstboten. Wir sagten nun im vorigen Jahre im Salzburger Ernährungsausschusse, man möge die Schafe von den Dienstboten nehmen, aber nicht um 4 K das Kilogramm, da ja dann der Dienstbot das ganze Jahr umsonst gearbeitet haben würde. Es nützte alles nichts, man wollte um keinen Heller mehr geben. Natürlich kam das Fleisch dann nicht herein, sondern es wurde dem Schleichhandel überlassen, denn dem Dienstboten kann man nicht sagen: Du mußt! Ihm gehört das Stück und man hat kein Recht, es ihm zu nehmen. Diese Schafe sind dann — es waren eine ganze Menge — ins Ausland gewandert. Somit mußte natürlich das Fleisch, das dadurch hätte ersetzt werden können, wieder aufgebracht werden und darauf war es zurückzuführen, daß man dort dann trüchtige Kühe genommen hat, daß bei dortigen Bauern wieder requiriert wurde und daß so manche Kuh dieser Requisition zum Opfer gefallen ist. Damit ist der Landwirtschaft und auch der Allgemeinheit am allerwenigsten gedient. Man möge einmal anfangen, klar

darüber nachzudenken, von wo das Vieh herkommt und nicht immer zu sagen: Milch her! Fleisch her! Eine Kuh ist nicht über Nacht gemacht und ein Kalb ist auch nicht über Nacht da. Das muß man sich besonders dann vor Augen halten, wenn man weiß, welche Preise im Auslande bezahlt werden. Heute steht zum Beispiel ganz Wien und ganz Österreich ohne Leder da. Das wird vielleicht einen Städter Wunder nehmen, der sagen wird: Wir sind doch ein Vieh produzierendes Land!

Ich begreife es schon und auch Ihr, meine Damen und Herren, werdet es begreifen. Die Sache liegt nämlich so, daß man uns bis vor kurzem noch für ein Kilogramm Haut 6 K gegeben hat, während man in Bayern 35 Mark für ein Kilogramm gezahlt hat. Jetzt schaut Euch, meine Herren, dieses Verhältnis an! Im Auslande sind sie gewiß auch so vernünftig wie in unserem gescheiten Österreich und sie wissen wohl auch, was die Landwirtschaft für Bedürfnisse und Auslagen hat. Man soll nicht immer einem auf die Zehen herumsteigen, sonst wird er überdrüssig. Das ist auch hier der Fall gewesen und so sind — ich sage es hier ganz offen — die meisten Häute ins Ausland gewandert. Vor kurzem hatte ich Gelegenheit, mit einem Direktor der Lederzentrale zu sprechen, der mir sagte: Wir haben keine Häute mehr, die Lederzentrale muß aufgelöst werden! Nun fragt man sich, wohin die Häute kommen, denn wir liefern ja unser Vieh, unser Kontingent ab und wir liefern das Vieh samt der Haut ab. Wohin kommen also die Häute? Die ganze Bevölkerung der Städte hat kein Leder. Ja, sagte er, das weiß ich nicht. Ja, antwortete ich, die Viehverwertung und die Zentrale sind ja Geschwisterkinder. Wenn sie selbst keine Ordnung haben, dann kann man es dem gewöhnlichen Laien nicht verdenken, daß er es nicht weiß. Die Ledernot herrscht eben deshalb, weil die Viehverwertung selbst ihre Häute ans Ausland verkauft hat; sonst wäre es nicht möglich, daß wir heute eine solche Ledernot haben. Und so ist es in allem. Ich möchte ganz kurz sein und nur bitten, daß dieser Bericht sich nicht auf den heimischen Viehstand beschränke, sondern sich auf die ganze Landwirtschaft beziehe, denn es greift alles ineinander. Es mögen alle Teile beherzigen, daß es nicht anders geht, als indem man anfängt, energisch einzugreifen, damit endlich die Übel beseitigt werden und daß in dieser Beziehung dem Landwirt eine gewisse Freiheit dort gegeben wird, wo es möglich ist, denn er wird es am besten verstehen. Ich zum Beispiel verstehe nicht das Schuhmachergewerbe und der Schuhmacher versteht nicht, die Landwirtschaft zu betreiben und deswegen sollte man die Landwirte in Ruhe lassen und es sollte nicht jeder Pfuscher, der im Landtag drinnen sitzt, das Wort führen und dadurch der Allgemeinheit nur Schaden zufügen.

Präsident Dr. Dinghofer: Zum Worte ist weiter gemeldet der Herr Abgeordnete Abram; ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Abram: Hohes Haus! Für die sozialdemokratische Gruppe habe ich folgenden Standpunkt zu vertreten. Wir wissen so wie Sie, daß der Viehstand während des Krieges dezimiert wurde und daß die Rassenzucht wohl sehr schwer geschädigt worden ist. Wir kennen als Städter zu gut den großen Mangel an Fleisch, wir kennen auch die Ursache; wir haben das Getreide zu 95 und 97 Prozent ausgemahlen, wir haben als städtische Konsumenten dem Vieh Konkurrenz gemacht; wir haben das Schweinefutter in den Städten als Nahrungsmittel verwenden müssen und Sie hatten draußen keine Mastmittel. Wir wissen, daß der Wiesenbau zurückgegangen ist oder keine Fortschritte gemacht hat, wir wissen, daß eine Reihe von Umständen besteht und sind mit Ihnen der Überzeugung, daß es notwendig sein wird, die Viehzucht zu heben und alles anzuwenden, daß im Gebirge vollwertige Rassen gezüchtet werden, die einen hohen Wert insbesondere im Verkehr mit dem Auslande darstellen.

Wir wissen, daß die Alpengebiete am geeignetsten sind, um dort das Zuchtvieh am rationellsten auszunutzen zu können, daß dazu aber auch vor allen Dingen Mittel aufgewendet werden müssen, aber wir wissen ebenso sehr, daß wir auch an die Bauernschaft die Bitte stellen müssen, daß Sie die jetzige finanzielle Lage, in der Sie stehen und die nicht so ist, wie vorgestern ein Redner Ihrer Partei bei der Vermögensabgabe behauptet hat: daß Sie nicht zahlungsfähig sind — wir wissen, daß Sie sehr zahlungsfähig sind — berücksichtigen und diese Ihre Zahlungsfähigkeit der Gegenwart benutzen, um Vorkehrungen für die Zukunft zu treffen. Verwenden Sie die Mittel, die Sie in Ihren Beständen haben, mit dafür, daß die Viehzucht Fortschritte machen kann. Vor allen Dingen aber, glaube ich, geht es nicht in dem Stile weiter, wie es vor der Kriegszeit im Hause gebräuchlich war, daß man aus irgendwelchen Wahlkreisgründen Anträge gestellt hat, daß draußen aber nicht das Nötige in der Förderung der Viehzucht und des Wiesenbaues geschehen ist. Wenn wir Geldmittel von Staats wegen bewilligen, müßten sie in allererster Linie viel mehr zur Instruktion der Bauern selbst verwendet werden. Ich mache darauf aufmerksam, daß von der einzigen landwirtschaftlichen Schule in Rotholz während des Krieges mehr als 90 Mann gefallen sind, Absolventen dieser Schule, und daß in den übrigen landwirtschaftlichen Schulen Deutschösterreichs fast dasselbe Verhältnis sein wird.

Es fehlt gegenwärtig in der Landwirtschaft draußen an jenen geschulten Männern, die in der

Vorkriegszeit an landwirtschaftlichen Schulen die rationellste Bewirtschaftung des Bauerngutes und die rationellste Förderung der Viehzucht gelernt haben. Da muß nun die Zahl der Instruktoressen vergrößert werden, die hinausgehen und Vorträge veranstalten, die Bezirksausstellungen einleiten, es müssen auch jene Instruktoressen hinaus, die praktisch mit dem Aufgebot von viel Geduld und Eifer, insbesondere auf dem Gebiete des Wiesenbaues und der Futterwirtschaft viel Besseres leisten als es bisher der Fall war. Wenn nach der Richtung die Geldbeträge verwendet werden, werden sie am rationellsten verwendet sein. Es ist eine Illusion, die wir bei der Bauernschaft erwecken, wenn wir sie glauben machen wollten, daß aus Staatsmitteln alle die Mängel in der Wirtschaft des einzelnen behoben werden können, wie der Kollege Niedrist hier hervorgehoben hat. Der Bauer muß in seinem eigensten Interesse für die Zukunft heute angehalten werden, von seinen eigenen finanziellen Kräften Gebrauch zu machen und seine eigene Bauernwirtschaft ganz bedeutend zu verbessern. Er kann das, meine Herren, in einer Zeit, wo ein paar vierjährige Pinzgauer Rössle um 60.000 bis 70.000 K verkauft werden, wo für ausgezeichnete Zuchtstiere und Zuchtkalbinnen fabelhafte Preise bezahlt werden. In einer Zeit, wo man für den Festmeter Holz im Walde 300 K bekommt, ist die Einnahme des Bauers gegen früher schon eine total verschiedene, so daß er die Verteuerung der wenigen Industrieartikel, die er braucht, zwar fühlt, aber immerhin mit seinen sonstigen Einnahmen decken kann. *(Abgeordneter Geisler: Sie sind kein Bauer und wissen nicht, wie diese Preise bereits stehen!)* Ich habe mit der Bauernschaft einige Beziehungen, Herr Kollege. Vielleicht ist mancher Theoretiker in Ihren Reihen da, der nicht so viele direkte Beziehungen zum Feldebau und Stall hat wie ich. *(Abgeordneter Geisler: Ein großes Fragezeichen!)* Ich werde Sie einmal einladen, meine Ökonomie zu besichtigen. Aber ganz abgesehen davon, werden Sie zugeben, daß es so, wie ein Bauer sich in gewerbliche Fragen hineinzudenken vermag, in Arbeiterfragen sich hineinzudenken vermag, in sozialpolitische Fragen sich hineinzudenken vermag, einem Manne, der in einer Gegend lebt, wo die Rinderzucht von Bedeutung ist, immerhin möglich ist, sich in diesen Fragen ein Urteil zu bilden. Wenn er die Preise der Waren weiß, die der Bauer zu verkaufen in der Lage ist, so weiß er auch selbstverständlich, was der Bauer wirtschaftlich zu leisten vermag.

Wir müssen aber als Vertreter der Städte und als Arbeitervertreter fordern, daß auch Ordnung geschaffen werde. Hier wurde von meinem Kollegen und Landsmann Niedrist bedauert, daß der Schleichhandel so grassiere, und ich bedaure mit ihm diese Tatsache.

Ich begnüge mich aber nicht damit, die Tatsache zu konstatieren, sondern weise darauf hin, daß überall, in allen Ländern, wo es sich findet, diesem Schleichhandel entgegenzuwirken versuchen, daß aber leider die Gruppe, der er angehört, im Tiroler Landtag — im Salzburger Landtag ist es, glaube ich, dasselbe — gegen die Einführung eines Viehkatasters immer Front macht. Meine Herren! Diesen Viehkataster müssen wir in Ihrem Interesse und in unserem Interesse einführen. Wo bleiben wir in Zukunft mit dem Veder, wo bleiben Sie mit Ihren Schuhen, wo bleibt die städtische Bevölkerung mit der Fleischversorgung? Sie haben, wenn Sie Ihr Eigeninteresse genau untersuchen, mit uns dasselbe Interesse an der Einführung des Viehkatasters, an einer Ordnung in der Viehaufbringung — nicht so, wie es in Steiermark beabsichtigt ist, daß eine Gewichtsumlage in der Gemeinde verteilt wird, das belastet die Kleineren und entlastet die Großen, damit geht uns jede Kontrolle verloren. *(Ruf: Wieso denn?)* Wir haben überall dieselbe Erfahrung gemacht. Wenn wir diesen Viehkataster haben, so können wir die leistungsfähigen Viehhalter heranziehen und die armen Leute, die in der Gemeinde leben, entlasten. In der jüngsten Zeit machen wir aber in den Ländern mehr denn je die Wahrnehmung, daß die Großen sich selbst entlasten und die Kleinen auf diesem Wege der Gewichtsumlage heranziehen. Den Viehkataster aber brauchen wir, weil wir wissen müssen, wohin das Vieh kommt, wo es zu holen ist und wo wir die Häute anzufordern haben. *(Zwischenruf.)* Ja, das wissen wir, wie das in Tirol geht: Nach Bayern und nach Italien wird es in großen Massen geschwärzt. Sie, meine Herren, müssen das Interesse haben, daß im nächsten Jahre die Arbeiter in den Industriegebieten nicht barfuß gehen müssen, weil Sie wünschen müssen, daß die Industrie in Gang kommt, denn Sie wissen alle, daß die Steuermittel, die der Staat braucht, die großen Mittel, die Sie mit Recht vom Staate erwarten, nicht kommen können von der Landwirtschaft — die sich erst zu erholen haben wird, wie Sie meinen, von der ich aber glaube, daß es ihr ganz gut geht —, daß aber diese Mittel nicht aus der Landwirtschaft fließen werden, sondern daß die Industrie die Steuern zu tragen hat. Um die Industrie in Gang zu bringen, müssen die Arbeiter auch wissen, daß sie im nächsten Winter beschuht werden können. Dazu bedarf es der Verarbeitung dieser Häute auf rationellem Wege und der bezirksweisen Zuteilung. Zu diesem Zwecke brauchen wir den Viehkataster, damit wir das Vieh und die Fleischversorgung evident halten können.

Ich bin am Schlusse. Wir werden für den Antrag, wie er vorliegt stimmen. Aber ich wiederhole die Bitte: Diejenigen, die es mit dem Bauer

ehrlich meinen, mögen sich klar sein, daß wir in vollständig geänderten Zeiten leben und dieses demagogische Bedürfnis einzelner draußen auf dem Lande, sondern so viel Versprechungen zu machen, nicht mehr weiter mitmachen können. Man muß heute dem Bauer sagen: Dein Hof ist entschuldet, verwende das Geld in der Gegenwart, damit du gerüstet bist für jene Tage, wo du mit dem Auslande einen härteren Konkurrenzkampf zu bestehen haben wirst!

Sie dürfen nicht vergessen, daß die Tage, wie wir sie heute haben, wo wir durch unsere Baluta vom Bezug der Nahrungsmittel aus dem Auslande abgesperrt sind, wo jedes Ihrer Produkte einen unheimlichen Preis hat, daß diese Tage nicht anhalten können. Wir müssen aus industriellen Gründen mit dem Auslande in Beziehungen kommen und Sie haben dann wiederum den Konkurrenzkampf mit dem Auslande zu bestehen. Bis dahin sollen Sie insbesondere in den Alpengebieten als fortgeschrittenste Viehzüchter dastehen, damit Sie dann für ihre Aufgaben gerüstet sind. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

Präsident Dr. Dinghofer: Zum Worte ist weiter gemeldet der Herr Abgeordnete Kocher; ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Kocher: Hohes Haus! Der Antrag des Abgeordneten Professor Gürtler bezüglich Gewährung eines staatlichen Beitrages zur Wiederaufrichtung des heimischen Viehstandes ist nicht nur von allergrößter Bedeutung für die Viehzüchter, sondern auch für die konsumierende Bevölkerung, um die so schwierige Fleischfrage so rasch als möglich einer glücklichen Lösung zuzuführen.

Im Laufe des Krieges hat der Viehstand einen nie dagewesenen Tiefstand erreicht, es muß daher alles aufgeboten werden, ihn wieder auf die normale Höhe zu bringen.

Als bäuerlicher Vertreter des steierischen Oberlandes bin ich in dieser Frage besonders interessiert, da kaum in einem anderen Lande der Viehstand im Laufe des Krieges so dezimiert wurde wie in Steiermark.

Laut der statistischen Materialien der niederösterreichischen Handels- und Gewerbekammer, die Viehzählung vom Dezember 1910 verglichen mit jener vom Oktober 1918, beträgt der Gesamtrückgang des Viehstandes in Niederösterreich 15,4, in Oberösterreich 13,8, in Salzburg 5,9, in Kärnten 14,9, in Steiermark 24,8 Prozent. Diese Ziffern geben aber nicht das richtige Bild, nachdem sie nur den Rückgang der Stückzahl veranschaulichen. Der Rückgang des Gesamtgewichtes ist viel größer und geht aus folgenden Zahlen hervor. Rückgang bei Ochsen unter drei Jahren: in Niederösterreich 41,7, in Oberösterreich 24,3, in Kärnten

46,8, in Steiermark 60,6 Prozent *(Hört! Hört!)*, also weit über die Hälfte. Ochsen über drei Jahre: in Niederösterreich 18,2, in Oberösterreich 17,1, in Salzburg 27,8, in Kärnten 61,7, in Steiermark 35,8 Prozent. Wir sehen, daß der Rückgang an Rindern in Steiermark am allergrößten ist, was wir steierische Bauern sehr bedauern.

Selbstverständlich ist seit dieser Zeit, seit dem Jahre 1918, noch ein weiterer Rückgang des Rinderstandes zu verzeichnen. Im Frühjahr 1918 ist eine Deputation der steierischen Viehzüchter im Ackerbauministerium erschienen und hat dort Klage geführt, daß ihnen Rüge mit einer täglichen Melkung von 8, 10 und 18 Litern wegrequiriert wurden. Das ist mir ein Beweis, daß die betreffenden Viehzüchter bei der steierischen Viehverwertung und auch bei der ehemaligen Stathalterei nicht jenes Verständnis gefunden haben *(Sehr richtig!)*, wie es in diesen schweren Zeiten notwendig gewesen wäre. *(Zustimmung.)*

Welchen Standpunkt das Landeskulturinspektorat der ehemaligen steiermärkischen Stathalterei gegenüber der viehhaltenden Bevölkerung einnahm, geht aus nachfolgender Kraftfuttermischungs- und Kalkulationstabelle vom 16. Mai 1917 deutlich hervor: 1 Waggon dieser Kraftfuttermischung bestand aus 4000 Kilogramm Gerstenflocke, 2500 Kilogramm Melasse, 1500 Kilogramm Maiskolbenschrot, 1800 Kilogramm gemahlener Trester und 200 Kilogramm Futterkaff und kostete laut Tabelle 3458 K.

Hierzu gerechnet an Regie u. 572 K 60 h, sind zusammen 4030 K 60 h Ausgaben für 1 Waggon dieser Mischung.

Laut Tabelle ist der vorgeschriebene Verkaufspreis für 100 Kilogramm 65 K, daher ein Gewinn des Landeskulturinspektorates von 24 K 69 h pro Meterzentner. *(Hört! Hört!)*

Diese gewinnbringende Maßnahme scheint mir nicht dazu angetan gewesen zu sein, den Viehstand, schon gar den Kuhstand auf dem höchstmöglichen Stand zu erhalten. Schon deshalb nicht, weil zur Zeit, wo das Landeskulturinspektorat nach der Kalkulationstabelle den Verkaufspreis für 1 Kilogramm Kraftfutter mit 65 h festsetzte, die Bauern für 1 Liter Milch loco Hof 36 bis 40 h in Steiermark bezahlt erhielten. Somit kostete das Kilogramm Rohprodukt zweimal so viel als 1 Kilogramm Edelsprodukt. Dieses Gebahren war uns steierischen Bauern unverständlich.

Die weiteren Ursachen des so großen Rückganges des Rinderstandes sind: 1. der vermehrte Fleischbedarf im Kriege, 2. daß die Viehpreise während des Krieges in Österreich viel niedriger waren als in Ungarn, 3. das schlechte Viehkaufbringungs-system, 4. weil die Viehzüchter infolge

restloser Getreideablieferung und scharfer Auswahlung des Brotgetreides war jeder Kraftfuttermittel für die Aufzucht waren, und 5. schlechte Heuernten in den letzten drei Jahren, die zum Teil eine Folge des Düngermangels, also der Entkräftung des Wiesen- und Ackerlandes sind.

Die wirksamsten Mittel zur Hebung der Viehzucht sind der intensive Futterbau, der Kunstfutterbau, die Verbesserung der Tal- und Alpenweiden, die sorgsamste Jauche- und Düngervirtschaft, aber auch die Rinderschauen und Rinderprämierungen und nicht in letzter Linie die Aufhebung der Zwangswirtschaft.

Bezüglich des intensiven Futterbaues haben wir ein Beispiel an Deutschtirol. Dort wurden vom Jahre 1911 bis 1914 von den Bauern unter der bewährten Leitung des Pflanzenbauinspektors Schubert nicht weniger als 1800 Hektar Kunstwiesen angelegt. Die Heuernten wurden durch diese Maßnahme derart gesteigert, daß selbst in hohen Lagen mit rauhem Klima 100 und über 100 Meterzentner Heu pro Hektar geerntet wurden. Die Besitzer, die den Kunstfutterbau einführten, konnten ihren Viehstand bedeutend erhöhen, in manchen Fällen sogar verdoppeln, und im selben Maße stieg auch die Fleisch- und die Milchproduktion. Beim intensiven Futterbau werden nicht nur größere Heumengen, sondern wird auch Heu mit viel höherem Nährwert als bei der Naturwiese gewonnen.

Mit einem Beispiel aus der Praxis will ich zu beweisen versuchen, welcher günstigen Einfluß der verbesserte Futterbau auf die Viehhaltung ausübt. Eine im Frieden gemachte Heuanalyse im steirischen Oberlande beim Besitzer A ergab beim Heu 3·8 Prozent Eiweiß, 1·3 Prozent Amiden, 32·2 Prozent Stärkewert, bei Grumet 4·02 Prozent Eiweiß, 0·8 Prozent Amiden, 35 Prozent Stärkewert. Die Durchschnittsmilchleistung beim betreffenden Besitzer betrug pro Kuh 2364 Liter Milch. Eine weitere Heuanalyse beim Besitzer B ergab beim Heu 4·4 Prozent Eiweiß, 1·2 Prozent Amiden, 34·4 Prozent Stärkewert, bei Grumet 5·6 Prozent Eiweiß, 1·1 Prozent Amiden, 35·1 Prozent Stärkewert. Die Durchschnittsmilchleistung pro Kuh und Jahr betrug 2868 Liter, also um rund 500 Liter mehr als beim Besitzer A.

Aus dem angeführten Beispiel geht klar hervor, welche große Bedeutung dem intensiven Futterbau in der Viehwirtschaft zukommt.

Der Staat soll und muß daher helfend eingreifen, und zwar:

- durch Einleitung einer Kunstfutterbauaktion überall dort, wo dieselbe am Platze ist;
- dann durch Abgabe von verbilligten Grassamen und Kunstdünger.

Um aber hohe Bodenerträge erzielen zu können, ist eine reichliche Zufuhr von Dünger notwendig.

Infolge des stark verminderten Viehstandes ist die animalische Düngerproduktion bedeutend zurückgegangen.

Die Einfuhr von künstlichen Düngemitteln hat fast ganz aufgehört oder der Preis ist so hoch, daß eine Rendite von vornherein ausgeschlossen ist.

Zum Beispiel kosten gegenwärtig 100 Kilogramm Stickstoff 2500 bis 2700 K (*Hört! Hört!*), 100 Kilogramm Phosphorsäure 1000 bis 1200 K, 100 Kilogramm 40prozentiges Kalisalz 100 K.

Eines der sichersten und wirksamsten Mittel der Bodennährstoffbeschaffung wäre die sorgfältige Jauche- und Düngervirtschaft.

Nach Berechnung der Fachleute gehen durch das Versiegen und Abfließen von Jauche und Gülle, dann durch Verflüchtung von Stickstoff aus dem Dünger jährlich viele Tausend Zentner wertvoller und schnell wirkender Bodennährstoffe verloren.

Diesen Verlust im Gelde ausgedrückt, gehen im Lande Kärnten allein jährlich 10 Millionen Kronen, in Steiermark 15 Millionen Kronen, in ganz Österreich 100 Millionen Kronen an Volksvermögen zugrunde.

Auch in dieser Richtung muß der Staat auflärend und mit materieller Beihilfe eingreifen, und zwar in der Weise, daß nach den örtlichen Verhältnissen geeignete praktische Stallbau-, dann Jauche- und Düngerstättenpläne ausgearbeitet und zu deren Bau eine entsprechende Subvention gewährt werde.

Wenn alle diese Vorbedingungen zur Hebung der Viehzucht geschaffen werden, dann können wir hoffen, daß es gelingen wird, unseren herabgekommenen Viehstand nicht nur rasch zu vermehren, sondern auch zu verbessern.

Durch hohe Erträge wird die Produktion verbilligt, daher die Gewähr geschaffen, die Konsumenten billiger und ausreichend zu ernähren.

Ich erlaube mir daher, folgenden Resolutionsantrag zu stellen (*liest*):

„Das Staatsamt für Land- und Forstwirtschaft wird aufgefordert, bei Durchführung des ersten Teiles des in Beilage 594 enthaltenen Antrages das Augenmerk und die ausgeworfenen Mittel in allererster Linie der Ausgestaltung der Futterbauaktion (Kunstfutterbau), dann der Jauche- und Düngervirtschaft zuzuwenden.“

Ich bitte um Annahme dieser Resolution. (*Lebhafter Beifall.*)

Präsident Dr. **Dinghofer**: Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Gutmann.

Abgeordneter **Gutmann**: Hohe Nationalversammlung! So sehr wir es begrüßen, daß auch von der Gegenseite ein Einblick herbeigeführt und uns zugesagt wurde, daß gewisse Mittel für die Zehung der Viehzucht aufgewendet werden sollen, so möchte ich doch einiges von den Ausführungen des Herrn Vorredners Abram berichtigen. Er sagte, die Landwirte, die viel Geld erspart hätten, sollen es dazu verwenden, um die Produktion zu heben. Hohes Haus! Die Sache sieht anders aus. Es ist vielleicht möglich, daß der Großgrundbesitz Tausende und Tausende auf die Seite legen konnte, aber bei uns kleinen und mittleren Bauern ist das nicht der Fall. Vielleicht, daß mancher Bauer, der seinen Viehstand dezimiert hat, sich 10.000 bis 15.000 K auf die Seite legen konnte. Was soll er aber nun damit anfangen? Ein Besitzer, der früher 15 Stück Vieh, kleines und großes, hatte, und der heute sieben Stück hat, ist nicht imstande, sich ein Stück Vieh aus dem Auslande zu beschaffen. In der Schweiz muß man für einen Jungstier 18.000 K zahlen. Es ist also ganz wenn uns gesagt wird, wir sollen uns selbst helfen. Wir sind nicht in der Lage, uns allein aufzuraffen; wenn uns nicht der Staat mit allen Mitteln unterstützt und uns hilft, wird es noch sehr lange dauern und es ist sehr die Frage, ob wir aus dieser Krise, in die wir geraten sind, wieder heil herauskommen. So sieht es bei uns auf dem Lande aus. Unsere Gebäude, unser Inventar ist auf dem Hund und zum größten Teil unbrauchbar. Wenn wir heute zum Schmied oder sonst zu einem Handwerker gehen, so kostet das Eisen und alles soviel Geld, daß wir nicht einmal unsere Ackergeräte und unser Hausinventar auf einen Stand bringen können, der uns die Arbeit ermöglicht. Ich möchte also sehr bitten, daß diese irrthümliche Auffassung nicht weiter Platz greift und daß die Regierung alles, was nur möglich ist, tut und uns hilft, damit wir wieder lebensfähig werden.

Der Herr Abgeordnete Abram hat weiters auf die Viehaufbringung in Steiermark hingewiesen, die seiner Ansicht nach verfehlt ist. Ich bin nicht dieser Ansicht. Gerade die kleineren Besitzer bei uns haben kein Kalb mehr aufziehen lassen. Sie sagten sich: wenn das Kalb ein Jahr alt ist, nimmt man mir die Kuh weg und ich habe kein Gespann mehr, um meine Felder zu bestellen. Infolgedessen sind alle Kälber gestorben. Es ist ganz richtig, wenn auch der kleine Landwirt etwas abliefern muß; er braucht ja keine Kuh zu liefern, sondern vielleicht ein Schwein, was gewiß jedem möglich ist, wenn er vier, fünf Joch Grund hat, oder er kann es auch bei jedem anderen Besitzer abgeben. Früher

war es der Fall, daß die Großgrundbesitzer nichts geliefert haben, und zwar deshalb, weil sie ihren Grund und Boden verpachtet hatten und auch die Pächter nichts geliefert haben. Jetzt werden sie aber, ob sie nun ein Vieh im Stalle haben oder nicht, gezwungen sein, das auf sie entfallende Kontingent zu liefern. Gerade dadurch werden die kleinen und mittleren Landwirte etwas geschont.

Ich möchte nunmehr auf die Lederaufbringung zu sprechen kommen. Es ist das Wort gefallen, daß wir Bauern die Zentrale weghaben wollen. Die Lederaufbringung war bis heute in den Händen des Staates und wir haben kein Leder. Wir müssen nun warten, wie es in Zukunft sein wird, wenn die Bewirtschaftung frei ist; wir hoffen aber, daß es besser sein wird, wenn der Lederhandel frei sein wird. Jetzt kann niemand, weder in der Stadt noch auf dem Lande, Schuhe kaufen, also zu einer Zeit, wo die staatliche Bewirtschaftung existiert. (Abgeordneter **Hohenberg**: Sie existiert ja nicht mehr!) Bis vor 14 Tagen hat sie aber existiert und es wird ein Jahr dauern, bis die Häute, die zur Ablieferung gelangen, der Verwendung zugeführt werden.

Zum Schlusse möchte ich nochmals bitten, daß außer den Beträgen, die nach dem heute in der Verhandlung stehenden Antrag geleistet werden sollen, der Landwirtschaft auch in Zukunft eine erhöhte Aufmerksamkeit zugewendet werde. (Beifall.)

Präsident (der während der vorstehenden Rede den Vorsitz wieder übernommen hat): Es ist kein Redner mehr vorgemerkt. Die Debatte ist geschlossen.

Ich muß noch eine Unterstützungsfrage stellen. Es liegt folgender Resolutionsantrag des Abgeordneten Kocher und Genossen vor (liest):

„Das Staatsamt für Land- und Forstwirtschaft wird aufgefordert, bei Durchführung des ersten Theiles des in Beilage 594 enthaltenen Antrages die ausgeworfenen Mittel in allererster Linie der Ausgestaltung der Futterbauaktion (Kunstfutterbau), dann der Zucht- und Düngewirtschaft zuzuwenden.“

Dieser Antrag ist nur von acht Mitgliedern unterzeichnet. Ich stelle daher die Unterstützungsfrage. Ich bitte die Herren, die Plätze einzunehmen. Ich bitte jene Mitglieder, die diesen Antrag unterstützen, sich von den Sitzen zu erheben. (Geschicht.) Der Antrag ist genügend unterstützt und steht daher in Verhandlung.

Wünscht der Herr Berichterstatter das Schlußwort? (Abgeordneter **Haneis**: Ja!) Ich erteile dem Herrn Berichterstatter das Schlußwort.

Berichterstatter Haueis: Ich möchte nur mit ein paar Worten zu den Ausführungen meines Landsmannes, des Herrn Abgeordneten Abram, Stellung nehmen. Der Herr Abgeordnete Abram hat darauf hingewiesen, daß die Bauern während des Krieges sich bedeutende Vermögen erworben und daß sie in ihren Viehbeständen sehr wertvolle Güter haben. Wenn es nach dem Rezept des Herrn Abram ginge, so würde voraussichtlich der Bauer bei der Vermögensabgabe sehr schlecht wegkommen. Das möchte ich eben konstatiert haben.

Des weiteren hat Herr Abram auf die Notwendigkeit der Errichtung landwirtschaftlicher Schulen hingewiesen und hat besonders hervorgehoben, was in dieser Beziehung die landwirtschaftliche Lehranstalt in Rotholz geleistet hat. Da hat er vollständig recht. Die Tiroler haben die Bedeutung der landwirtschaftlichen Schulen auch richtig erkannt und haben dafür den Beweis erbracht. Der Beweis liegt wohl in der Errichtung einer neuen landwirtschaftlichen Anstalt in Imst.

Herr Abram hat dann den Viehkataster zur Einführung empfohlen. Meine Herren, mit dem Viehkataster hat es seine eigene Bewandnis. Er wurde schon wiederholt in Tirol einzuführen versucht, aber es ist nie dazu gekommen, weil er nach der Anschauung der Mehrzahl unserer Abgeordneten erstens eine sehr schikanöse Maßregel, zweitens, weil er ein bürokratischer Apparat und drittens, weil er so kostspielig und kompliziert ist, daß er wohl nicht durchgeführt werden kann. Wenn man den Viehkataster im Sinne der Wünsche des Herrn Abram durchführen wollte, müßte man in gewissen Gemeinden vielleicht für je einige Höfe jemand aufstellen, der jede Viehveränderung notiert und evident hält. Solche Sachen sollte man doch jetzt, da der Krieg vorüber ist und wir der Friedenswirtschaft ernstlich zustreben, nicht mehr vorschlagen.

Bezüglich der Häutebewirtschaftung wird man in Tirol, so wie es in anderen Ländern geschehen ist, die Sache entweder Bezirks- oder Länderweise machen. Das ist Sache der Länder, beziehungsweise Bezirke. Ich möchte nur darauf hinweisen, daß auch die Bauern in Tirol nicht nur den Häuteschmuggel verdammen und verurteilen, weil er sie selbst und andere ungemein schädigt, sondern auch den Viehschmuggel, soweit er eben dort in Erscheinung tritt. Die Persönlichkeiten, die begünstigt durch den Tiefstand unserer Valuta Sondergeschäfte machen wollen, genießen die Sympathien des Großteils der Tiroler Bauern nicht. Das wollte ich konstatieren. Im übrigen empfehle ich den Herren die Annahme der Resolution Kocher. *(Beifall.)*

Präsident: Wir schreiten zur Abstimmung. Ich bitte, die Plätze einzunehmen.

Ein Gegenantrag gegen die vorstehende Resolution ist nicht gestellt worden. Ich bringe daher die beiden Punkte unter Einem zur Abstimmung.

Ich bitte jene Mitglieder, die der Resolution des Ausschusses zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschlecht.)* Angenommen.

Es liegt ein Zusatzantrag des Herrn Abgeordneten Kocher vor, der bereits verlesen wurde. *(Abgeordneter Forstner: Könnte man nicht den Wortlaut noch einmal hören?)* Ich habe ihn bereits verlesen, wenn die Herren wünschen, werde ich es noch einmal tun. Der Antrag lautet *(liest):*

„Das Staatsamt für Land- und Forstwirtschaft wird aufgefordert, bei Durchführung des ersten Teiles des in Beilage 459 enthaltenen Antrages, — das ist der Antrag, worin das Staatsamt für Land- und Forstwirtschaft aufgefordert wird, im Einvernehmen mit den Landesregierungen und den landwirtschaftlichen Körperschaften ein Wiederherstellungs- und Förderungsprogramm zur Hebung unserer Viehzucht auszuarbeiten und seine Durchführung unverzüglich in Angriff zu nehmen — die ausgeworfenen Mittel in allererster Linie der Ausgestaltung der Futterbauaktion (Kunstfutterbau), dann der Jauche- und Düngewirtschaft zuzuwenden.“

Ich bitte jene Mitglieder, welche diesem Antrage zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschlecht.)* Auch dieser Antrag ist angenommen.

Ich würde jetzt zum Schlusse der Sitzung schreiten, es hat sich aber der Herr Staatskanzler zur Beantwortung einer Interpellation zum Worte gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Staatskanzler Dr. Renner: Hohes Haus! In Beantwortung der von den Abgeordneten Dr. Waber, Dr. Schürff und Genossen am 21. Jänner und von den Abgeordneten Runschaf und Genossen am heutigen Tage eingebrachte Anfrage an den Staatskanzler als Leiter des Staatsamtes für Äußeres gestatte ich mir, dem hohen Hause und den Herren Anfragenden folgende Aufschlüsse zu erteilen:

Über den Gegenstand, den Inhalt und die Ergebnisse der vom Staatskanzler mit dem Außenminister der tschecho-slowakischen Republik am 12. Jänner 1920 gepflogenen Verhandlungen hat der Staatskanzler dem zuständigen auswärtigen Ausschusse in dessen Sitzung vom 15. Jänner ausführlich Bericht erstattet und dieser Bericht ist in seinem Wortlaute der gesamten Öffentlichkeit mitgeteilt worden. Im Anschlusse an diesen Bericht hat der Staatskanzler im Laufe der Beratung in diesem Ausschusse alle gewünschten Aufklärungen gegeben und diese sind zur Kenntnis genommen worden. Dieser Vorgang schließt allein den Vorwurf irgendeiner Geheimdiplomatie aus. Es ist

selbstverständlich, daß Verhandlungen dieser Art zunächst nicht vor Zeugen und vor aller Öffentlichkeit geführt werden können und daß die Tatsache der Vertraulichkeit solcher Besprechungen die Bezeichnung Geheimdiplomatie nicht rechtfertigt. Geheimdiplomatie liegt dann vor, wenn die auswärtige Politik von Faktoren geführt wird, die entweder wie Monarchen unverantwortlich sind oder wie Minister eines absolutistischen Regimes sich der verfassungsmäßigen Verantwortung entziehen. Der von der Nationalversammlung gewählte und jede Stunde von ihr abberufbare Staatssekretär für Äußeres der Republik Österreich trägt und übernimmt selbstverständlich die volle Verantwortung für die von ihm geführte auswärtige Politik im ganzen, wie für jede einzelne von ihm gepflogene Verhandlung oder Unterredung. Von Geheimdiplomatie muß auch dann gesprochen werden, wenn zwischen zwei, wenn auch verantwortlichen Vertretern zweier Staaten Verträge nach Art des früheren Dreibundes geschlossen werden, welche die Staaten selbst binden, ohne daß sie parlamentarisch genehmigt, ja der Öffentlichkeit überhaupt bekannt gemacht werden.

Was nun die Behauptung betrifft, daß in Prag zwischen der tschecho-slowakischen Republik und der Republik Österreich ein die beiden Staaten unmittelbar verpflichtendes Übereinkommen geschlossen worden sei, so entspricht diese Behauptung nicht den Tatsachen. Ein solches Übereinkommen (Staatsvertrag) ist in Prag überhaupt nicht geschlossen worden. Aber auch ein Übereinkommen von der Art, wie sie als Ressortübereinkommen über administrative Fragen durch die Fachminister zweier Staaten gewohnheitsmäßig abgeschlossen werden, ohne daß sie den Parlamenten vorgelegt werden müßten, wurde in Angelegenheiten der auswärtigen Politik nicht abgeschlossen. Allerdings sind solche Übereinkommen zwischen mehreren anderen Ressortministern angebahnt und geschlossen worden, worüber gleichfalls an den zuständigen parlamentarischen Ausschuß (Finanz- und Budgetausschuß) unverzüglich Bericht erstattet worden ist. In auswärtigen Angelegenheiten wurde in vielstündigen Besprechungen zwischen beiden Außenministern erfreulicherweise eine weitgehende Übereinstimmung der Auffassungen und Ziele festgestellt, Auffassungen und Ziele, welche beiden Außenministern gemeinsam sind, für welche einzutreten sie sich persönlich verpflichtet haben. Sofern von einer Bindung die Rede ist, haben sich die beiden Außenminister verpflichtet, vor ihren Nationalversammlungen und vor ihrem Volke eine bestimmte Politik zu vertreten und zu befolgen und dabei, soweit diese Willensübereinstimmung reicht, in loyaler Weise miteinander jederzeit das Einvernehmen zu suchen. Billigt die Nationalversammlung diese Politik nicht, so erwächst daraus eine einzige Verpflichtung, die des Außenministers, zurückzu-

treten. Dies ist die rechtliche Natur der Prager Verhandlungen, soweit sie die Außenpolitik betreffen.

Die Anfrage Waber-Schürff berührt im Anschluß an eine Meldung der „Humanité“ den Gesamtcharakter der Verhandlungen und findet, an Stelle verheißener wirtschaftlicher Ziele hätten sie das Hauptgewicht auf politische Abmachungen gelegt. Demgegenüber betone ich noch einmal: Der Gedanke der Regierung war nicht das eine oder das andere Ziel, sondern die Anbahnung der korrekten Durchführung des Staatsvertrages von Saint-Germain mit allen seinen politischen, wirtschaftlichen, finanziellen und administrativen Klauseln. Zur Aufklärung der ganzen öffentlichen Meinung, welche in dieser und anderen Reisen mehr oder minder Erfolg versprechende Bittgänge zieht, sei gesagt: Nachdem der Vertrag von Saint-Germain zum Grundgesetz unserer Republik geworden ist, müssen wir an seine Durchführung schreiten und dieser Weg ist zumeist ein Leidensweg. Aber dieser Vertrag gewährt uns auch Rechte und Ansprüche: So in bezug auf die Belieferung mit Rohle und Lebensmitteln, so in bezug auf die zu gewährende Kredithilfe. Wir kommen zu diesem Rechte nicht, wenn wir die entsprechenden Pflichten nicht übernehmen. Die Staatsregierung wird selbstverständlich genau so mit allen Nachfolgestaaten zu gelegener Zeit in Verbindung treten und ich bitte schon heute die Öffentlichkeit, diese „Reisen“ nicht mißzuverstehen.

Die Anfrage Waber-Schürff befürchtet von den Prager Verhandlungen, sie könnten die Republik Österreich völlig unter den Einfluß und die Abhängigkeit der tschecho-slowakische Republik bringen. Diese Befürchtung könnte ich höchstens an die Tatsache knüpfen, daß wir zuerst nach Prag gegangen sind. Dies erklärt sich aus zwei Gründen: Erstens hat die tschecho-slowakische Regierung zuerst den Vertrag ratifiziert und auch unzweideutig den Wunsch ausgesprochen, in geordnete, tunlichst freie Beziehungen zu uns zu gelangen. Und zweitens ist unleugbar, daß die deutschen Alpenlande am allerlängsten, das ist seit vielen Jahrhunderten, gerade mit den tschecho-slowakischen Ländern in den intensivsten Verkehrs- und Wirtschaftsbeziehungen stehen und daß diese Beziehungen für uns die allervitalsten sind. Wer könnte beispielsweise bestreiten, daß der bloße freie Bahnverkehr mit Prag, Reichenberg, Brünn, Preßburg allen anderen Verkehrsbedürfnissen in bezug auf die Nachfolgestaaten vorangeht? Geschichtlich, sachlich und vollklich führt unser nächster Weg nach Prag. An diese Verhandlungen müssen sich die übrigen anschließen, bis nach allen Seiten freundschaftliche Beziehungen hergestellt sein werden.

Ich kehre nunmehr zu dem Gegenstand der auswärtigen Erörterungen zurück, die einen Teil der Prager Vereinbarungen gebildet haben. Die

einverständlichen Auffassungen, die bei den Prager Verhandlungen erfreulicherweise zwischen Beneš und mir festgestellt werden konnten, sind in meinen Erklärungen vom 15. Jänner im Auswärtigen Ausschusse genau umschrieben.

Des Zusammenhanges wegen wiederhole ich hier im Hause, wo dies noch nicht geschehen ist, diese meine Ausführungen; sie lauten (*liest*):

„Während die einzelnen administrativen und wirtschaftlichen Kommissionen tagten, hielten die beiden Außenminister Montag, den 12. Jänner, unter Beisein des österreichischen Geschäftsträgers Dr. Marek im Bureau des Außenministers eine vielstündige eingehende Beratung über die allgemeinpolitischen und auswärtigen Beziehungen der beiden Republiken, wobei auch die gesamte europäische Lage und insbesondere die Zustände und Bestrebungen der Nachbarstaaten einer kurzorischen Erörterung unterzogen wurden. Dabei kam man zu dem einmütigen Ergebnis, daß die ehebaldigste innere Konsolidierung und auswärtige Sicherung der beiden benachbarten und durch lange geschichtliche Traditionen verbundenen neuen Republiken südlich und nördlich der Thaya für das ganze mitteleuropäische System von entscheidender Bedeutung werden könnte. Der Friede von Saint-Germain schaffe für beide Teile feststehende Tatsachen, von denen sie ausgehen müßten. Die nächste Aufgabe, die ihnen gestellt sei, sei die Durchführung des Friedensvertrages und damit die Überwindung einer leidvollen Vergangenheit voller Mißverständnisse und Zerwürfnisse; die zweite Aufgabe jedoch, die Anbahnung eines freundschaftlichen wirtschaftlichen Zusammenarbeitens der zwei Länder, die aufeinander angewiesen seien. Dieser Versuch könne keineswegs die Bedeutung und die Natur eines Bündnisses oder auch nur einer ständigen Entente beanspruchen, sondern bloß den Charakter guter Nachbarschaft haben. Diese Einschränkung schließe jedoch nicht aus, daß beide Republiken im Falle irgendeiner Bedrohung von außen einander politisch und diplomatisch unterstützen und damit dazu beitragen, den Frieden unter den neuen Staaten zu erhalten und fester zu begründen, und zwar den Frieden, so wie dessen Grundlagen in Saint-Germain gelegt worden sind. Für den Fall einer Friedensbedrohung würden beide Republiken das Einvernehmen suchen.

Im Verhältnisse zueinander werden beide Staaten loyal vom Friedensvertrage von Saint-Germain ausgehen und dessen Bestimmungen voll und korrekt erfüllen, wobei die tschecho-slowakische Republik, ohne von den rechtlichen Grundlagen des Friedensvertrages abzugehen, auf die Existenzmöglichkeit Österreichs Bedacht nehmen wird. Die anderen Ausführungen beziehen sich auf innerpolitische Fragen, die in den beiden Interpellationen nicht berührt worden sind. Es heißt dann weiter (*liest*):

„Die beiden Staaten wollen auf wirtschaftlichem Gebiete zusammenarbeiten, diese Zusammenarbeit aber müsse auf freien Vereinbarungen auf Grund der wohlverwogenen Interessen jedes Teiles beruhen.

Das so gewonnene Einverständnis über die Grundsätze freundschaftlicher Politik fordere keine Einschränkung auf die beiden Verhandlungsteilnehmer, es könne und solle auf alle Nachbarn ausgedehnt werden, die ein friedliches Zusammenarbeiten auf der Grundlage gegenseitiger Achtung und nach den Grundsätzen der Demokratie redlich wünschen.“

Es sei mir gestattet, mit Rücksicht auf die in den beiden Anfragen vorgebrachten Bedenken den Umfang dieser Auffassungen näher zu umschreiben:

Einverständnis besteht demnach zwischen mir und Dr. Beneš darin, daß die auswärtige Politik beider Staaten auf dem Frieden von Saint-Germain fußen müsse. Diese Erkenntnis schafft Klarheit zwischen uns und allen Nachbarstaaten, mit alleiniger Ausnahme der ungarischen Volksrepublik, welche einen Frieden noch nicht geschlossen hat und bis zur Stunde dem Frieden von Saint-Germain widerstrebt. Infolge dieses Widerstrebens entbehrt auch das Verhältnis Österreichs zu Ungarn, das heute noch in keiner Hinsicht rechtlich geklärt ist, bis jetzt der wünschenswerten Bestimmtheit. Ungarn verhält sich diesem Friedensschlusse gegenüber zur Stunde noch durchaus ablehnend und hat sich mit der Herausgabe von Deutschwestungarn noch nicht abgefunden, ja, es bedrückt die dortige deutsche Bevölkerung in jeder Weise (*Hört! Hört!*), kerkert Persönlichkeiten, die sich zum Anschlusse bekennen, wie gemeine Verbrecher ein, nimmt dort Rekrutierungen und Requisitionen vor und verhält sich also in diesem Punkte uns gegenüber durchaus unfreundlich. (*Hört! Hört!*) Trotzdem hat die Republik Österreich Ungarn gegenüber immer die höchste Zurückhaltung geübt, obgleich dieses in jeder der vielen Phasen seiner sehr schwankenden politischen Gestaltung seit dem Zusammenbruch uns gegenüber ein schwieriger Nachbar war, indem es uns in seine politischen Wandlungen mitzureißen versucht hat. Wir üben diese Zurückhaltung weiter, weil wir wohl allesamt fest überzeugt sind, daß Österreich und Ungarn — nach dem Frieden von Neuilly und nach der Auseinandersetzung über den Dualismus, über diese zeitweise Erfolg versprechende, zumeist aber recht leidvolle staatliche Gemeinschaft — bestimmt sind, als unabhängige Nachbarn dauernd gute Freunde zu werden. Wir alle werden uns freuen, als souveräner Staat mit dem souveränen Ungarn friedlich zusammenzuarbeiten, ganz unähnlich jenem Zustande, wo wir staatsrechtlich gebunden waren, die Folgen der früheren ungarischen Nationalitätenpolitik gegenüber

und Jugoslawen mit dem Blute unserer
 zuzuverantworten und ebenso ungewollt als
 die traurige Last der Entfremdung jener
 auf uns zu nehmen, für welche die
 der deutschen Alpenlande nie etwas
 als Sympathie empfunden haben, der Ru-
 und Südslawen. Vorweg und für alle Zu-
 festgehalten werden, daß Ungarn und
 andere Nachbar Nationalitätenpolitik aus-
 auf eigene Rechnung und Gefahr macht
 Österreich wie es selbst jede Aspiration ablehnt
 niemals mehr mit seinem Gut und Blut die Bür-
 schaft für fremde Herrschaftsaspirationen übernimmt.
(Lebhafte Zustimmung.) Die volle Gleichartigkeit
 unseres Verhaltens gegenüber allen Nachbarstaaten
 einschließlichs Ungarns wird in dem Augenblicke her-
 gestellt sein, wo ein international anerkannter Friede
 die Rechtsverhältnisse auch in unserem Osten geklärt
 haben wird. Das ist heute bedauerlicherweise noch
 nicht der Fall.

Einverständnis zeigte sich auch darin, daß
 beide Republiken ein Interesse haben, zusammen-
 zuwirken, daß der Friedenszustand an allen unseren
 Grenzen vorerst einmal tatsächlich eintrete und dann
 erhalten bleibe. Die Bezeichnungen Defensiv und
 Offensiv, die aus der militärischen Sprechweise
 entlehnt sind, treffen auf die Vereinbarungen nicht
 ganz zu. Es hat sich beiden Außenministern um die
 Herstellung, Verwirklichung und Aufrechterhaltung
 des Friedenszustandes gehandelt, den beide diplo-
 matisch zu verteidigen bereit sind. Dies die ange-
 bliche „Defensiv“. Dabei habe ich niemals ver-
 schwiegen, daß der Friede von Saint-Germain nach
 unserer heiligsten Überzeugung unseren Lebensbedin-
 gungen und Ansprüchen nicht gerecht wird, daß
 jedoch Österreich keine andere Wahl bleibt,
 als den Frieden, wie er ist, zum Ausgangs-
 punkt seiner auswärtigen Politik zu machen. Das
 Bos unserer ehemaligen deutschen Staatsgenossen
 in der tschecho-slowakischen Republik wird unserem
 Volke immer am Herzen liegen, aber eine richtige
 Einschätzung der realen Machtverhältnisse in der
 Welt und unserer eigenen Kraft wird uns darüber
 belehren, daß die sechseinhalb Millionen Österreicher
 in dem wirtschaftlichen und politischen Zustand, in
 dem sie sich heute befinden, außerstande sind, irgendwie
 sich zum Schützer der drei Millionen Deutschen
 in der Tschecho-Slowakei aufzuwerfen. Andererseits
 schafft — abgesehen von der eigenen Tüchtigkeit
 der drei Millionen Deutschen in der Tschecho-
 Slowakei — die wichtige Tatsache, daß dieser unser
 Nachbarstaat daran geht, sich eine vollständige demo-
 kratische Verfassung zu geben und daß er durch das
 internationale Recht seinen Minderheiten Schutz zu
 gewähren gebunden ist, für uns soweit eine Be-
 ruhigung, daß wir normale politische und freund-
 schaftliche Wirtschaftsbeziehungen mit einer freiheit-

lichen tschecho-slowakischen Republik sehr wohl be-
 gründen können.

Dabei soll nicht verhehlt werden, daß ebenso
 wie die demokratisch-republikanischen Einrichtungen
 in der Tschecho-Slowakei uns in nationaler Be-
 ziehung eine Beruhigung gewähren, auch auf der
 anderen Seite unsere freiheitliche, republikanische
 Verfassung der Tschecho-Slowakei die Beruhigung
 schafft, daß von uns aus keinerlei Versuch unter-
 nommen werden wird, das alte Reich wieder auf-
 zurichten, das von dem tüchtigen und selbstbewußten
 Volke in unserem Norden mit jeder Faser des
 Herzens abgelehnt und verneint wird. Gerade die
 Bürgschaft, daß eine Restauration nicht geplant sei
 und von einem republikanischen Österreich nicht
 geplant werden kann, erleichtert die wirtschaftliche
 Verständigung, welche andernfalls sofort in Brüche
 ginge.

Wollen wir zur Wiederherstellung unserer
 Volkswirtschaft und zur Wiederbelebung der freund-
 schaftlichen Wirtschaftsbeziehungen zu unseren Nach-
 barn gelangen, so muß nach allen Richtungen hin
 sonnenklar festgestellt werden, daß alle alten Aspira-
 tionen endgültig begraben und die Souveränität
 beider Nationalstaaten die absolute Voraus-
 setzung aller Verhandlungen ist. Diese Klarstellung
 war allerdings einer der Zwecke meiner Unter-
 handlungen, sie allein hat für die wirtschaftlichen
 Verhandlungen die Bahn freigemacht und nichts
 wäre für unsere Wirtschaft gefährlicher, ja für unser
 reales Leben bedrohlicher, als wenn in diesem
 Punkte von irgend einer Seite irgend ein Zweifel
 genährt würde.

Dieselbe Klarstellung wird uns auch den Weg
 nach dem Südosten und später auch nach dem
 Osten freimachen. Daß dabei irgend eine Neutralitäts-
 verletzung nicht vorliegt, beweise der ausdrückliche
 Vorbehalt, daß das so gewonnene Einverständnis
 keine Einschränkung auf die Verhandlungsteilnehmer
 fordere, sondern auf alle Nachbarn ausgedehnt
 werden könne und solle. Die Voraussetzung dafür
 ist allerdings der beiderseitige Wille zu friedlichem
 Zusammenarbeiten auf der Grundlage gegenseitiger
 Achtung und nach den Grundsätzen der Demokratie,
 welche heute die Welt beherrschen. *(Lebhafter Bei-
 fall und Händeklatschen.)*

Präsident: Wir schreiten zum Schlusse
 der Sitzung.

Ausschußmandate haben zurückgelegt
 die Herren Abgeordneten:

Trayler als Mitglied des Ausschusses für
 Heerwesen;

Gimpl als Ersatzmann im Ausschusse für
 Heerwesen;

Rittinger als Mitglied des Ausschusses zur Vorberatung der Kammergesetze;

Stocker als Ersatzmann im Finanz- und Budgetausschusse;

Smittka als Ersatzmann im Finanz- und Budgetausschusse.

Sofern diese Abgeordneten weniger als vier Ausschüssen angehören, bedürfen sie zur Mandatszurücklegung der Genehmigung des Hauses.

Wenn keine Einwendung erhoben wird, setze ich die Zustimmung voraus und lasse sofort die erforderlichen Ersatzwahlen vornehmen. *(Nach einer Pause:)* Eine Einwendung ist nicht erhoben, ich bitte daher, die Stimmzettel abzugeben. *(Nach Abgabe der Stimmzettel:)* Die Stimmenabgabe ist geschlossen, ich werde das Skrutinium sofort vornehmen lassen.

Als nächsten Sitzungstag schlage ich vor Mittwoch, den 28. d. M., 3 Uhr nachmittags, mit folgender Tagesordnung:

1. Bericht des Ausschusses für soziale Verwaltung über die Vorlage der Staatsregierung (546 der Beilagen), betreffend die Pensionsanstalt für Angestellte und die Liquidierung ehemals gemeinsamer Sozialversicherungseinrichtungen (644 der Beilagen.)

2. Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft über den Antrag der Abgeordneten Kocher, Schoiswohl und Genossen (455 der Beilagen), betreffend die

Hebung der Milchwirtschaft (656 der Beilagen), und eventuell, da vorausgesetzt, daß der Ausschuß bis dahin fertig wird

3. Bericht des Finanz- und Ausschusses über die Vorlage der Regierung (643 der Beilagen), betreffend Begebung einer ausländischen gegen Sicherstellung auf das Erträgnis österreichischen Tabakmonopols.

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über den Antrag der Abgeordneten Födermayr und Genossen (456 der Beilagen), betreffend Vereinfachung der Durchführungsvorschriften zum Gesetze, betreffend die Weinsteuer (651 der Beilagen).

Wird gegen meinen Vorschlag eine Einwendung erhoben? *(Nach einer Pause:)* Es ist nicht der Fall, es bleibt dabei.

Bei den eben vorgenommenen Wahlen wurden, und zwar für sämtliche Ausschüsse, je 70 Stimmzettel abgegeben, die absolute Stimmenmehrheit beträgt 36. Mit je 70 Stimmen erscheinen gewählt:

in den Ausschuß für Heerwesen: als Mitglied Dr. Gimpl, als Ersatzmann Traxler;
in den Ausschuß zur Vorberatung der Kammergesetze: als Mitglied Schönbauer;
in den Finanz- und Budgetausschuß: als Ersatzmänner Größbauer und Abram.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 6 Uhr 35 Minuten abends.